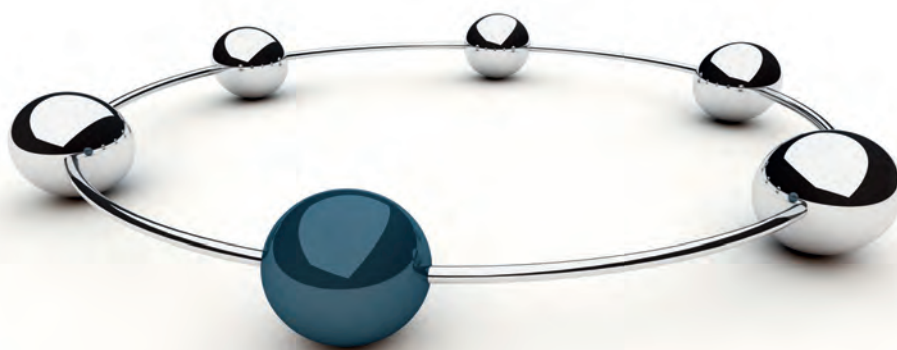




Kommunale **Alkoholprävention** in Hessen stärken

mitreden - mitplanen - mitgestalten

Dokumentation

Herausgeberin

Hessische Landesstelle für Suchtfragen e.V. (HLS)

Zimmerweg 10

60325 Frankfurt

Tel: 0 69/71 37 67 77

Fax: 0 69/71 37 67 78

E-Mail: hls@hls-online.org

Internet: www.hls-online.org

Frankfurt a. Main / Oktober 2014

Redaktion: Wolfgang Schmidt-Rosengarten, Geschäftsführer der HLS

Layout und Texte: vitamin be Kommunikation, J. Engelke, Kassel

Fotos: Rolf Kozonek (HLS)/J. Engelke

Titelfoto: [design on arrival/fotolia.com](http://design.onarrival/fotolia.com)

Die Durchführung der Fachkonferenz und die Erstellung der Dokumentation wurden gefördert durch die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA), Köln, im Rahmen der Alkoholpräventionskampagne „Alkohol? Kenn Dein Limit.“ mit Unterstützung des Verbandes der Privaten Krankenversicherung e.V. (PKV)

Inhaltsverzeichnis

●	Zahlreiche Anregungen zur kommunalen Suchtprävention	04
●	Die Grußworte	
	Sich auf den Menschen konzentrieren	05
	<i>Prof. Dr. Elisabeth Pott, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, Köln</i>	
	Auswirkungen des Alkoholkonsums	06
	<i>Dr. Stephan Hölz, Hessisches Ministerium für Soziales und Integration, Wiesbaden</i>	
	Sie können heute bestimmt viel mitnehmen	07
	<i>Wolfgang Schmidt-Rosengarten, Hessische Landesstelle für Suchtfragen (HLS), Frankfurt</i>	
●	Die Vorträge	
	Kommunale Suchtprävention: Was wirkt und warum?	08
	<i>Dr. Anneke Bühler, Institut für Therapieforschung, München</i>	
	Kommunale Alkoholprävention als kommunale Aufgabe zum Nutzen aller	11
	<i>Volker Weyel, Leiter Kommunalen Präventionsrat der Wissenschaftsstadt Darmstadt</i>	
	Herausforderungen in der Prävention des Alkoholsmissbrauchs – Erfahrungen aus der Arbeit im ländlichen Raum	13
	<i>Matthias Haug, Suchtbeauftragter Landkreis Karlsruhe</i>	
	Netzwerkarbeit als Voraussetzung für eine erfolgreiche kommunale Alkoholprävention	15
	<i>Dr. Hans-Jürgen Hallmann, ginko – Stiftung für Prävention, Mülheim a. der Ruhr</i>	
	Die Foren	
●	Forum 1	
	Bundesweit und landesweit ausgezeichnete hessische Strategien zur kommunalen Alkoholprävention	18 - 22
	„Jugendschutz ist wichtig – wir machen mit“	18
	<i>Silvia Scheu-Menzer, Sonja Schneider</i>	
	„GSA – Gewalt, Scherben, Alkohol“	20
	<i>Horst Weigel, Gerhard Müller, Alexander Carrasco Torres</i>	
	„suPPOrddJu – Ein ungewöhnliches Team auf Erfolgskurs“	21
	<i>Regina Linda</i>	
●	Forum 2	
	Praxiserprobte Projekte und Ansätze zur kommunalen Alkoholprävention	23 - 27
	„KIKS UP“ Ein Präventionsprogramm	23
	<i>Jochen Mörl, Guido Glück</i>	
	„Wir sind Nachfrager“ – Gütesiegel - aktiver Kinder- und Jugendschutz	25
	<i>Harald Nolte, Jennifer Thomas, Armin Bahl</i>	
	Mit „HaLT“ netzwerken in der kommunalen Alkoholprävention	26
	<i>Dagmar Wieland</i>	
●	Forum 3	
	Alkoholprävention professionalisieren mit Angeboten und Modulen, die den Prozess der kommunalen Alkoholprävention begleiten und unterstützen	28 - 32
	Jugendkampagne „Alkohol? Kenn dein Limit.“ der BZgA: Möglichkeiten der Unterstützung kommunaler Alkoholprävention	28
	<i>Peter Lang</i>	
	Sektorenübergreifende Vernetzung am Beispiel des GigA	30
	<i>Ilona van Halbeek</i>	
	Neues Serviceangebot der HLS zur kommunalen Suchtprävention	31
	<i>Sabrina Baier</i>	
●	Kabarett Kabbaratz: „Hat jemand in der Pause was getrunken?“	33
●	Impressionen der Fachkonferenz	34
●	Referenten/Referentinnen	36
●	Auswertung	38



Mit 150 Teilnehmenden war die Tagung die bisher größte Fachkonferenz der Hessischen Landesstelle für Suchtfragen

Zahlreiche Anregungen zur kommunalen Suchtprävention

Die Sonne meinte es gut an diesem 19. Mai. Der Frankfurter Dom und das gegenüberliegende Haus am Dom waren schon am Morgen in Sonnenschein getaucht, als die Teilnehmenden der Tagung „Kommunale Alkoholprävention in Hessen stärken“ der Hessischen Landesstelle für Suchtfragen (HLS) gegen neun Uhr nach und nach ankamen. Die Tagung fand in Kooperation mit der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration sowie des Verbandes der Privaten Krankenversicherung e. V. (PKV) statt, die Tagungsleitung lag bei der HLS. Die Teilnehmenden erwartete ein umfassender Überblick über das Thema Alkoholprävention in Kommunen in vier Vorträgen und drei Foren.

Die Fachkonferenz, moderiert von Regina Sahl, Koordinatorin für Suchtprävention der HLS, bot eine gute Mischung aus Theorie und Praxis, wissenschaftlichen Ergebnissen sowie den Erfahrungen von Fachkräften



Das Kabarett Kabbaratz



Moderatorin Regina Sahl sorgte mit dem Pausengong und einem Lächeln für die Einhaltung des Zeitplans

der Suchtprävention und von ausgewählten Projekten, die in den Foren vorgestellt wurden. Eine ganz andere Aufbereitung des Themas lieferte das Kabarett Kabbaratz aus Darmstadt, die bei ihren drei Auftritten für Lachen und gute Unterhaltung sorgten.

Die Kaffee- und die Mittagspause nutzten die Anwesenden für Austausch und Gespräche. Die Mehrheit der 150 Teilnehmer/-innen kam aus dem kommunalen Bereich, ein Zeichen dafür, dass Kommunen ein großes Interesse am Thema haben. Die Vorträge ebenso wie die Foren, die Organisation und der Veranstaltungsort bekamen von den Anwesenden gute Bewertungen (siehe Auswertung Seite 38) und die Teilnehmenden konnten viele Anregungen für ihre Arbeit mitnehmen.

Elisabeth Pott

„Sich auf den Menschen konzentrieren“

Professor Dr. Elisabeth Pott, Direktorin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, ging in ihrem Grußwort auf die sozialen Aspekte von Gesundheit ein und betonte, dass der Mensch in seinen sozialen Bezügen, mit seinen Potentialen, die es zu entfalten gilt, in der Prävention im Mittelpunkt stehen muss. Suchtprävention braucht einen kommunalen Ansatz.

Ein Lob bekam die Hessische Landesstelle für Suchtfragen (HLS) von der Direktorin der BZgA. Die bisherigen Projekte in der langjährigen Kooperation zwischen BZgA und HLS seien immer innovativ gewesen und hätten weiter geführt. Sie ging in ihrem Grußwort darauf ein, dass eine Alkoholabhängigkeit nicht nur ein medizinisches Problem mit erheblichen Konsequenzen für die Gesundheit der Betroffenen sei, sondern auch erhebliche soziale Folgen habe. Sie nannte einige Zahlen dazu. So gebe es in Deutschland ca. zehn Millionen Menschen mit einem gesundheitsschädlichen Konsum von Alkohol, etwa 1,3 Millionen seien alkoholabhängig. Über 48 000 Hauptschüler/-innen brachen im Jahr 2013 die Schule ab und über eine Millionen Jugendliche brachen ihre Ausbildung ab.

Hinter diesen Zahlen „steckt häufig eine Suchtproblematik, oft ist es Alkohol“, sagte Pott. Wichtig sei, darauf zu schauen, was diese Entwicklungen für die Menschen bedeuteten und nicht nur die „Sensationszahlen“ zu sehen.

● Aufgabe der ganzen Gesellschaft

Suchtprävention bezeichnete sie als eine Aufgabe der ganzen Gesellschaft. Wer in der Verantwortung stehe, könne sich dem nicht entziehen. Sucht „ist nie nur das Problem einer Person.“ Betroffen sind Familien, die Kinder, der Arbeitsplatz. Deshalb ist eine zentrale Aufgabe der Suchtprävention die Vernetzung.



Prof. Dr. Elisabeth Pott, Direktorin der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

Es gelte immer „sich auf den Menschen zu konzentrieren“. Hier hob Elisabeth Pott die Selbsthilfe hervor, die den Menschen im Blick habe. „Hinter der Sucht stehen Menschen, die Enttäuschungen, Verletzungen oder Verluste kompensieren wollen“, sagte die BZgA-Direktorin. Der Ansatz, Menschen zu stärken, müsse in der Prävention im Mittelpunkt stehen.

Vernetzung scheitere, wenn einzelne Berufsgruppen glaubten, sie hätten ein Monopol und den einzig wahren Ansatz. Notwendig sei vielmehr der Respekt vor der Kompetenz des anderen. Vernetzung müsse alle einbeziehen – von der Suchtpräventionsfachkraft über die Familie, gegebenenfalls Schule, bis zur Selbsthilfe. „Die Vernetzung findet vor Ort statt.“ Deshalb brauche Suchtprävention einen kommunalen Ansatz.

Die BZgA werde Wirksames in der kommunalen Suchtprävention unterstützen. „Dabei arbeiten wir mit unseren kommunalen Partnern zusammen.“ Zum Abschluss ihres Grußwortes wünschte die Direktorin der BZgA der Tagung gute Ergebnisse und viel Motivation für die anspruchsvolle Arbeit im Alltag.



Stephan Hölz

„Auswirkungen des Alkoholkonsums“

Dr. Stephan Hölz, Leiter der Abteilung Gesundheit im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration, ging in seinem Grußwort auf die gesundheitlichen Risiken und die Folgen des Alkoholkonsums sowie auf die Aktivitäten des Landes Hessen in der Suchtprävention ein – von Suchtpräventionsstellen bis zum Projekt „HaLT – Hart am Limit“.

„Eine Badewanne voll Alkohol“ trinkt jeder Deutsche durchschnittlich pro Jahr, so die Deutsche Hauptstelle für Suchtfragen (DHS). Alle sieben Minuten stirbt in Deutschland ein Mensch nur durch Alkoholkonsum oder durch den gemeinsamen Konsum von Alkohol und Tabak, insgesamt seien das 74 000 Menschen jedes Jahr. Trotz umfangreicher Aufklärungs- und Informationskampagnen seien den meisten Menschen die Risiken des Alkoholkonsums nicht bewusst, beklagte Dr. Stephan Hölz.

Er wolle den Alkohol nicht verteufeln, sagte Hölz – Alkohol sei als Genussmittel in der Gesellschaft etabliert. Jedoch ließen sich mit einem verantwortungsbewussten Umgang „die gesundheitlichen Risiken wirksam begrenzen.“ Werde Alkohol regelmäßig und exzessiv getrunken, steige allerdings das Risiko für viele gesundheitliche Störungen, für Erkrankungen und Abhängigkeit. Exzessiver Alkoholkonsum hat auch Auswirkungen auf die Gesellschaft: Laut Hessischer Kriminalstatistik war 2013 jeder fünfte Tatverdächtige, der eines Gewaltdelikts beschuldigt wurde, alkoholisiert.

● Rauschtrinken von Jugendlichen



Das Land Hessen engagiere sich, so Hölz, seit Jahren in der Suchtprävention. Gemeinsam mit Aktiven vor Ort sei mit den Suchtpräventionsfachkräften eine flächendeckende Versorgung in der Suchtprävention erreicht worden. Um dem auch

medial vielbeachteten Thema des Rauschtrinkens bei Jugendlichen Rechnung zu tragen, setzt sich das Projekt „HaLT - Hart am Limit“ seit 2011 gezielt mit alkoholintoxierten Jugendlichen auseinander. Die Koordinierung des Landesprojekts wurde der Hessischen Landesstelle für Suchtfragen übertragen.



Dr. Stephan Hölz, Leiter der Abteilung Gesundheit im Hessischen Ministerium für Soziales und Integration

„HaLT in Hessen“ wurde aktuell um weitere zwei Jahre bis 2015 verlängert.

Das Landesprojekt wende sich zum einen direkt an die Jugendlichen. Ein anderer Baustein sind Präventionsstrategien vor Ort, die sich an Erwachsene richten. Denn Alkohol, so Hölz, „ist immer durch die Hände von Erwachsenen gegangen, bevor er zu den Jugendlichen kommt.“ Erwachsene würden mit dem Verkauf von Alkohol Geld verdienen. Erwachsene seien mit ihrem Trinkverhalten ein gutes beziehungsweise schlechtes Vorbild.

● Projekt HaLT erfolgreich

Den Erfolg von „HaLT in Hessen“ sieht Hölz durch Zahlen belegt: Denn bundesweit stieg 2012 die Zahl der Jugendlichen zwischen zehn und 17 Jahren, die mit einer Alkoholvergiftung ins Krankenhaus eingewiesen wurden, um 6,1 Prozent. In Hessen dagegen blieb die Zahl in etwa auf dem gleichen Niveau wie 2011. Bei den Jungen ging sie um drei Prozent zurück, stieg bei Mädchen allerdings um vier Prozent an.

Den Erfolg des Projekts führte Hölz auf die gute Zusammenarbeit der Akteure vor Ort zurück. Für eine kommunale Alkoholprävention seien neben Jugend- und Suchthilfe unter anderem auch Einzelhandel, Gastronomie, Festveranstalter und Vereinsvorstände einzubeziehen. Nur so könne ein verantwortungsbewusster Umgang mit Alkohol gestärkt und die Gefahren des Alkoholismus bei Jugendlichen wie Erwachsenen eingedämmt werden.

Wolfgang Schmidt-Rosengarten

„Sie können heute bestimmt viel mitnehmen“

Auf die negativen Auswirkungen von übermäßigem Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit ging der Geschäftsführer der Hessischen Landesstelle für Suchtfragen, Wolfgang Schmidt-Rosengarten, in seinem Grußwort ein.

Es sind die Kommunen, die die negativen Auswirkungen von übermäßigem Alkoholkonsum in der Öffentlichkeit in den vergangenen Jahren am deutlichsten spürten, stellte Wolfgang Schmidt-Rosengarten fest. Folge von übermäßigem Alkoholkonsum sind zum Beispiel Müllberge und Vandalismus an öffentlichen Plätzen und in Bussen und Bahnen. Auf Volksfesten kommt es durch exzessiven Alkoholkonsum vielerorts zu Ausschreitungen, Anwohner/-innen beklagen sich über Ruhestörungen. Als relativ neues Beispiel nannte er ausschweifende Abiturfeiern. Manche Kommune sei inzwischen froh, wenn diese Feiern vorbei sind.

Viele Kommunen fragten sich: Was können wir tun? Schmidt-Rosengarten verwies auf nachahmenswerte Beispiele aus Städten und Gemeinden. Dazu zählten Vereinbarungen zur Einhaltung des Jugendschutzes mit dem lokalen Einzelhandel und der Gastronomie oder Regelungen zum Alkoholkonsum bei Minderjährigen anlässlich der Firmung beziehungsweise Konfirmation. Mit Vereinen haben Kommunen inzwischen Vereinbarungen abgeschlossen, die die Vereinsförderung an die strikte Einhaltung des Jugendschutzes koppeln.

Hier wolle die Veranstaltung als interdisziplinärer Fachaustausch ansetzen, denn „was in Kommune A funktioniert, funktioniert vielleicht auch in Kommune B“, so der HLS-Geschäftsführer. In diesem Sinne „können Sie heute bestimmt viel mitnehmen“, versprach Schmidt-Rosengarten.

Weil die kommunalen Räume als zunehmend wichtiger für die Suchtprävention wahrgenommen



Wolfgang Schmidt-Rosengarten, Geschäftsführer der Hessischen Landesstelle für Suchtfragen

werden, freue er sich besonders, dass fast 80 Prozent der Teilnehmenden aus dem kommunalen Bereich kommen. Mit 150 Teilnehmenden „ist dies die größte Veranstaltung, die die HLS in den vergangenen Jahrzehnten durchgeführt hat“, stellte Schmidt-Rosengarten weiter fest.

Das auf der Bundesebene anstehende Präventionsgesetz wie auch der Koalitionsvertrag in Hessen wiesen auf die Bedeutung und Notwendigkeit kommunaler Ansätze im Bereich der Gesundheitsförderung und Suchtprävention hin. Die Praxis hoffe nun auf das Präventionsgesetz, um eine gesetzliche und finanzielle Grundlage für die Arbeit zu haben.

● Dank an BZgA

Schmidt-Rosengarten dankte der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung für das finanzielle und konzeptionelle Engagement, das die Tagung erst möglich gemacht habe. Sein Dank galt ebenso dem Land Hessen, das mit dem Projekt „HaLT“ und dem umfangreichen Engagement des Landes in dem Projekt den konzeptionellen Boden für das heutige Thema bereitet habe. Auch den vielen kompetenten Referenten/-innen, die ihr Fach- und Erfahrungswissen teilten, dankte der HLS-Geschäftsführer. Ebenso dem gesamten Team der Landesstelle, besonders Regina Sahl, die die Veranstaltung gemeinsam mit Sabrina Baier vorbereitet hatte und die Tagung moderierte.

Anneke Bühler

Kommunale Alkoholprävention: Was wirkt und warum?

Dr. Anneke Bühler vom Institut für Therapieforschung in München beleuchtete in ihrem Vortrag wissenschaftliche Ergebnisse zu dem, was in der kommunalen Alkoholprävention wirkt. Grundlage dafür waren die BZgA- Expertise zur Suchtprävention von 2013 sowie Erfahrungen aus den beiden Projekten „Communities that care“ aus den USA und „Gemeinsam handeln (Radix)“ aus der Schweiz. Demnach wirkt kommunale Alkoholprävention, wenn sie systematisch betrieben wird und bestimmte Bedingungen herstellt.

Kommunale Suchtprävention ist „eine konzertierte Aktion vieler Beteiligten“, stellte die Referentin fest. Dies illustriert Abbildung 1 auf Seite 10: Beteiligte sind neben der Jugendarbeit auch die kommunalen Politiker/-innen, Vereine, Schule und Eltern, Gastronomie sowie der Einzelhandel. Suchtprävention hat zum Ziel, auf die unterschiedlichen in der Kommune eingebetteten Lebenswelten der Jugendlichen einzuwirken. Zu diesen Lebenswelten gehören Freunde und Familie ebenso wie Schule, Sportverein, Nachbarschaft und die Party- und Festkultur.

Zwei Projekte verdeutlichten beispielhaft, wie kommunale Suchtprävention aussehen kann. Es gibt einige andere kommunale Projekte, die hier auch beschrieben werden könnten wie „Wegschauen ist keine Lösung“ aus Karlsruhe oder der proaktive Baustein des bundesweiten HaLT-Projekts. Da diese eigenständig auf der Veranstaltung vertreten waren, griff die Referentin auf das Projekt „Communities that care“ (CTC) aus den USA und zum anderen das Projekt „Gemeinsam handeln (Radix)“ aus der Schweiz zurück. Man kann Gemeinsamkeiten dieser Projekte erkennen, die auch andere kommunale Ansätze kennzeichnen: Sie sehen zuerst eine Vorbereitungsphase vor, in der die Rahmenbedingungen geklärt werden. Die kommunalen Akteure treffen sich in Steuerungs- und Lenkungsgruppen (z. B. einem kommunalen Suchtpräventionskreis), um am Thema zu arbeiten. Zum anderen findet eine Bedarfsanalyse statt, die Akteure definieren die Probleme, identifizieren bereits Bestehendes und klären die vorhandenen Ressourcen. Daraus entsteht ein auf die Kommune zugeschnittener Plan für die konkreten Maßnahmen. Diese werden dann umgesetzt und ihre Wirkungen wiederkehrend reflektiert. Es gibt auch Unterschiede zwischen den Projekten. Während CTC auf einen Katalog empfehlenswerter, evidenzbasierter Maßnahmen verweist, weist



Dr. Anneke Bühler, IFT München

Radix noch auf die systematische Verankerung der Maßnahmen hin.

Zum wissenschaftlichen Stand der Wirksamkeit von Prävention bezog sich die Referentin unter anderem auf die Ergebnisse der BZgA-Expertise von Bühler & Thrul zur Suchtprävention aus dem Jahr 2013. Die Autoren sichteten die internationale Literatur zur Suchtprävention aus den Jahren 2004 bis 2012 mit dem Ziel der Zusammenfassung von wissenschaftlichem Wissen zur Wirksamkeit von Prävention. Kriterium für Wirksamkeit war, was Konsumverhalten verhinderte, verzögerte oder verringerte. Sie unterschieden bei ihrer Analyse in universelle und selektive Ansätze der Suchtprävention. Universelle Ansätze richten sich an alle, selektive Ansätze an Gruppen mit einem erhöhten Risiko. Die Schlussfolgerungen sind im Kasten zu lesen. Demnach können kommunale Projekte wirksam sein. Die qualitativ hochwertige CTC-Studie zeigt z.B., dass nach drei Jahren, in denen die CTC-Kommunen im Schnitt drei Programme pro Jahr implementierten, die Jugendlichen seltener und später in den Alkoholkonsum und ins Rauchen einstiegen als Jugendliche aus nicht teilnehmenden Kommunen (Hawkins et al., 2009).

● Warum sind Maßnahmen erfolgreich?

Effektive Maßnahmen setzen an Risiko- und Schutzfaktoren an, welche sich als konsumhemmend beziehungsweise konsumfördernd erwiesen haben und beeinflussen damit mittelbar das Konsumverhalten. Da es sehr viele unterschiedliche Risiko- und Schutzfaktoren gibt, erfordert erfolgreiche Suchtprävention eine ganzheitliche Vorgehensweise, die sowohl die individuelle Person als auch deren

Ergebnisse der BZgA-Expertise von Bühler & Thrul zur Prävention des Substanzmissbrauchs

Alkoholpräventive Effekte im Handlungsfeld **Kommune** können haben: bei universellen Ansätzen

- Projekte, die in zwei oder mehr Handlungsfeldern gleichzeitig ansetzen (meist Schule und Familie)
- Kommunale Projekte, die von Schlüsselpersonen initiiert werden und als Netzwerk angelegt sind, um evidenzbasierte Programme umzusetzen (wie zum Beispiel das CTC-Projekt)
- Eine alkoholpräventive Kommunalpolitik (Zugangsbeschränkungen zu Alkohol für Jugendliche, Verfügbarkeit von Alkohol für Jugendliche und Erwachsene beschränken, erhöhte Kontrolle von Trunkenheit im Straßenverkehr). Die präventiven Effekte liegen hier eher auf den Folgen, weniger auf dem Konsum.
- Bei den selektiven Ansätzen können präventive Effekte durch ein Mehrkomponentenprojekt (Familie und Freizeit) mit einem Fallmanager auftreten.

Alkoholpräventive Effekte im Handlungsfeld **Familie** können haben:

- Bei den universellen Ansätzen Elterntrainings und umfassende Familienprogramme. Letztere zeigen langfristige Wirkungen auf Risikoverhalten bei Jugendlichen im Allgemeinen.
- Bei den selektiven Ansätzen sind Effekte zu erwarten, wenn erstgebärende Eltern durch Hebammen begleitet wurden sowie durch Kompetenztrainings mit verhaltensauffälligen Kindern und deren Eltern.

Alkoholpräventive Effekte im Handlungsfeld **Schule/Hochschule** können haben: Bei den universellen Ansätzen

- alkoholspezifische verhaltensbezogene Interventionen
- Lebenskompetenzprogramme für alle Altersklassen und Verhaltenssteuerungs-Programme bei Grundschülern/-innen, bei denen die Selbstkontrolle gefördert wird
- Präventive Maßnahmen, die auf dem Internet basieren oder Computer gestützt arbeiten, und Schüler/-innen für die sozialen Einflüsse auf ihr Verhalten sensibilisieren
- Maßnahmen, die sich auf das Schulsystem beziehen, die Kinder und Jugendliche einbinden, so dass sie sich zugehörig fühlen und mitbestimmen können.
- Bei den selektiven Ansätzen wirken in der Schule Lebenskompetenzprogramme für ältere Jugendliche.

Alkoholpräventive Effekte im Handlungsfeld **lokale Alkoholpolitik**:

- Kommunale Alkoholpolitik mit mehreren Regulierungen (Verfügbarkeit, Zugang, Alkohol im Straßenverkehr) könnten präventive Effekte auf Folgen des Konsums, weniger auf den Konsum selbst, haben.

Mögliche Maßnahmen (noch nicht „evidenzbasiert“)

- Zugang von Jugendlichen zu Alkohol beschränken, sowohl kommerziell (z.B. Bars, Restaurants, Supermärkte, Tankstellen) als auch sozial (z.B. Freunde/-innen, Eltern, Arbeitskollegen/-innen)
- Verfügbarkeit von Alkohol für Erwachsene reduzieren (z.B. verantwortungsvoller Ausschank, Durchsetzung von Kontrollmaßnahmen)
- Erhöhte Kontrolle von Trunkenheit im Straßenverkehr
- Medienkampagnen.

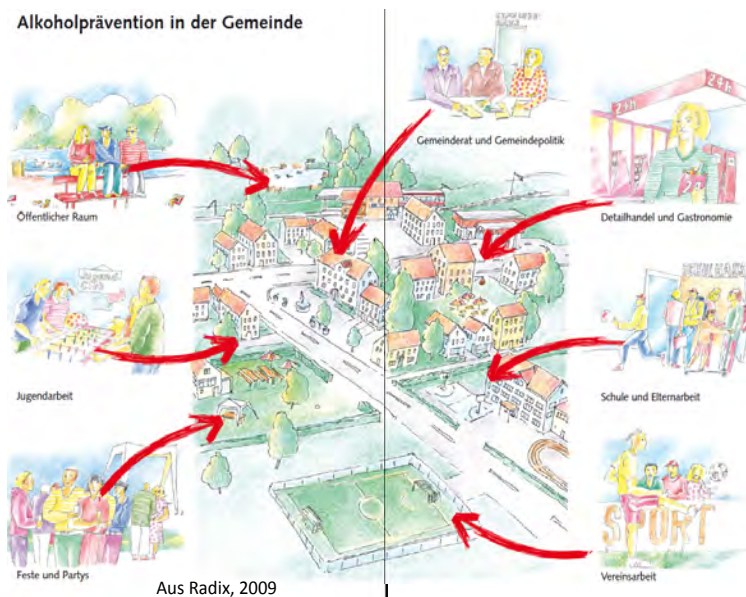
Lebensbedingungen berücksichtigt. Der Grundsatz der Suchtprävention „Risikofaktoren zu minimieren und Schutzfaktoren zu fördern“ kann nur erfolgreich umgesetzt werden, wenn Maßnahmen sowohl auf das Verhalten des Einzelnen, als auch auf die Verhältnisse im Lebensumfeld der Menschen abzielen. Lange wurde in der Prävention vor allem auf verhaltensbezogene Maßnahmen gesetzt: Welche Fertigkeiten und Einstellungen sollten Kinder und Jugendliche entwickeln, damit sie nicht auf die schiefe Bahn geraten? Lebenskompetenzprogramme waren und sind da eine wichtige Methode. In den letzten Jahren wurde aber mehr Augenmerk auf die verhältnisbezogenen Maßnahmen gelegt. Verhältnisbezogene Faktoren in der Kommune sind beispielsweise die Verfügbarkeit und der Zugang zu Alkohol ebenso wie die soziale Kontrolle durch Erwachsene in der Umgebung, aber auch das Modellverhalten von Erwachsenen. Wichtig sind auch suchtmittelunspezifische Faktoren: Ob die

Jugendlichen sich in der Kommune oder der Schule zugehörig fühlen und ob sie anerkannt werden, wenn sie sich engagieren wollen. Auch die Eltern und die Familie spielen für die Ausbildung von Schutzfaktoren bei Kindern und Jugendlichen eine wichtige Rolle. Welches Modell geben die Eltern, wie ist die Eltern-Kind Beziehung und wie ist die Kommunikation in der Familie? Viele dieser Punkte wirken nicht spezifisch nur auf Alkohol- oder Drogenkonsum, sie sind auch für eine psychisch gesunde Entwicklung und die Vorbeugung anderer Problemverhaltensweisen bedeutsam. Deswegen finden sich Lebenskompetenzprogramme auch in vielen anderen Präventionsbereichen, beispielsweise in der Gewaltprävention.

● **Bedingungen für Erfolg von kommunalen Ansätzen**

Die Bedingungen für den Erfolg von kommunaler Suchtprävention zeigte Anneke Bühler anhand der Ergebnisse des Projekts CTC auf. Die kommunalen

Alkoholprävention in der Gemeinde



Arbeitskreise in diesem Projekt waren erfolgreich, je besser sie geführt wurden im Sinne von organisiert, anerkannt, begeisterungsfähig, Ressourcen mobilisierend, politisch vernetzt und konfliktlösend. Effizienz und Intensität der Zusammenarbeit erwiesen sich als weitere Faktoren, ebenso wie ein stärkeres Gefühl von Zusammengehörigkeit und gute Beziehungen in den Kommunen. Eine Rolle spielte auch, ob sich die Akteure an den vorgegebenen CTC-Prozess hielten. Viele dieser Faktoren waren vor allem zu Beginn bedeutsam. Eine entscheidende Rolle spielte auch die ausreichende finanzielle Unterstützung der kommunalen Arbeitskreise.

● Gewinne der Kommunen

Die beteiligten Kommunen des Projekts CTC berichteten, welche Gewinne sie aus ihrer kommunalen Strategie der Alkoholprävention gezogen hatten. Im Vergleich zu der Situation vor Einführung von CTC hatten zum einen die beteiligten Einrichtungen ihre Zusammenarbeit verstärkt und ihre Angebote überschnitten sich weniger. Mittel wurden koordinierter zugewiesen. Die präventiven Aktivitäten waren besser auf die zuvor identifizierten, lokal spezifischen Risiko- und Schutzfaktoren abgestimmt, denen die Jugendlichen aus der Kommune begegneten, was zu einem strategischeren Herangehen führte. Zudem wurden häufiger erprobte und in anderen Zusammenhängen als wirksam erwiesene Ansätze genutzt. Schließlich lässt sich auch ökonomisch für den kommunalen Ansatz argumentieren. Eine Kosten-Nutzen-Analyse ergab, dass die Kosten im Projekt pro Jugendlichen bei 991 Dollar lagen, die Einsparungen der Kommunen errechnete man im Projekt CTC mit rund 5 250 Dollar

pro Jugendlichen, unter anderem aufgrund einer verminderten Delinquenz.

Die in dem Beitrag angeführte Literatur beruht auf Projekten und Studien in den USA. In Deutschland liegen noch keine belastbaren Daten zur Wirksamkeit vor, die Machbarkeit zeigt sich aber in mehreren Projekten. Veröffentlicht wurde unter anderem eine qualitative Studie (Laging, 2013) über drei Gemeinden in Baden-Württemberg, die eine lokale Alkoholpolitik einführten. Die Kommunen entwickelten präventive Komponenten für Vereine, Eltern, Verkaufsstellen, die Festkultur und den öffentlichen Raum.

Erfolge lagen laut Beobachtung der Durchführenden

- in einer Sensibilisierung, einer intensiveren Beschäftigung mit dem Thema
- in einer verbesserten Kooperation
- Jugendschutz auf Festen
- weniger Trunkenheit und Gewalt, die mit Alkohol zusammenhängen, bei Veranstaltungen
- durch die präventiven Maßnahmen entstanden in den Kommunen in Baden-Württemberg mit einem Runden Tisch verbindliche Strukturen der Zusammenarbeit
- die entwickelten präventiven Komponenten (Elterninformation, Vereinsverhaltenskodex etc.) waren in Systeme der Vereinsförderung, der Polizeiarbeit sowie der Gestattung von Festen verankert worden.

Zusammengefasst liefere also sowohl die Präventionsforschung als auch die berichtete Erfahrung von Kommunen gute Gründe für die kommunale Suchtprävention, so die Referentin. Dabei müsse das Rad nicht neu erfunden werden. Es gibt für die Umsetzung von Suchtprävention klare Richtlinien und mehrere Beispiele guter Praxis. Kommunale Suchtprävention sei möglich, wenn auch nicht „nebenbei“ umzusetzen und brauche auch Verbindlichkeit und Kontinuität, stellte Anneke Bühler abschließend fest.

Weitere Infos zu den genannten Projekten: www.ctc-info.de, www.radix.ch. Die zitierte Literatur ist in der BZgA-Expertise angegeben. Die BZgA-Expertise Suchtprävention ist unter www.bzga.de kostenlos herunterzuladen oder zu bestellen.

● Referentin

Dr. Anneke Bühler

IFT Institut für Therapieforschung

Parzivalstraße 25, 80804 München

Tel: 0 89/36 08 04 - 83, E-Mail: buehler@ift.de

Volker Weyel

Kommunale Alkoholprävention als kommunale Aufgabe und zum Nutzen aller

Volker Weyel stellte die Arbeit und die Entwicklung des Kommunalen Präventionsrats in Darmstadt vor. Damit Prävention erfolgreich sein kann, braucht sie entsprechende Strukturen, Koordination und eine gute Kommunikation. Ebenso müssen alle relevanten Akteure beteiligt sein.

„Wir müssen uns in der Prävention wandeln“, stellte Volker Weyel zu Beginn seines Vortrags fest. Die Kommune sei verantwortlich für die Suchtprävention. Für die kommunalen Politiker/-innen stehe vor allem der Schaden im Vordergrund, der durch den Konsum von Alkohol entsteht, weniger der Alkohol selbst. Wenn beispielsweise betrunkene, randalierende Jugendliche auf dem Bahnhofsvorplatz in Darmstadt sitzen, möchten die kommunalen Politiker/-innen eine Lösung für diese Situation.

Um ihrer Verantwortung für die präventive Arbeit gerecht zu werden, brauche die Kommune eine Strategie. Weyel machte deutlich, dass Prävention nur in Kooperation funktioniert, weiterhin muss sie zeitnah agieren und auf Problemlagen reagieren. Für die Alkoholprävention bedeutet das: Sie ist eine kommunale Aufgabe, die zentral koordiniert werden muss und nur interdisziplinär erfolgreich sein kann. Sie ist auf die Akzeptanz in der Stadtgesellschaft – also der Politik, der Geschäftswelt, der Behörden sowie die Bürger/-innen – angewiesen und dafür muss sie im öffentlichen Raum sichtbar sein.

So ist der schon 1992 gegründete und damit bundesweit erste Kommunale Präventionsrat der Stadt mittlerweile zu einem „Label“ in der Stadt geworden und in die Stadtgesellschaft integriert. Anhand der Entwicklung des Präventionsrats erläuterte Weyel, wie eine erfolgreiche Präventionsarbeit funktionieren kann. Sie brauche zuallererst einen Auftraggeber. In der Wissenschaftsstadt Darmstadt sind dies der Oberbürgermeister, der Bürgermeister, der Polizeipräsident, die Sozialdezernentin und der Ordnungsdezernent. Die Auftraggeber bilden eine eigene Struktur im Rahmen der Prävention.

● Projekte und Aktivitäten kommunizieren

Neben einem Auftraggeber benötige Prävention personelle und finanzielle Ressourcen. Aus diesem



Volker Weyel, Suchthilfekoordinator in Darmstadt

Grund gründete sich in Darmstadt der Förderverein Prävention, der unter anderem zielgerichtet Präventionsprojekte fördert. Als weiteren wichtigen Punkt hob Weyel die Notwendigkeit von klaren Strukturen hervor. Im Kommunalen Präventionsrat sind verschiedene Arbeitsgruppen und Netzwerke Teil der Struktur, Beispiele dafür sind die Arbeitsgruppe Innenstadt, die Arbeitsgruppe Sucht oder der Expertenpool Prävention.

Wenn die Arbeitsgruppen oder der Präventionsrat sich getroffen haben, werden die Ergebnisse und die Präventionsprojekte transparent gemacht. Planungen, Konzepte und Berichte werden schriftlich vorgelegt. Einmal im Jahr findet in Darmstadt eine Präventionskonferenz statt. Das Management (siehe Abbildung nächste Seite) des Präventionsrats geht in Klausur mit dem Auftraggeber, erstellt eine Chronik und Magistratsvorlagen und ist in den kommunalen Gremien präsent. Diese Maßnahmen gewährleisteten Austausch und Information und ermöglichten eine gute Kommunikation. Weyel betonte, dass diese Strukturen seit der Gründung des Präventionsrats über verschiedene politische Mehrheiten hinweg parteienunabhängig funktioniert haben.

Als er vor 22 Jahren seine Arbeit in der Suchtprävention begann, sei die Alkoholprävention noch kein Thema gewesen, die illegalen Drogen standen im Fokus. Es gab unterschiedliche Konzepte für die Hilfen bei illegalen und legalen Drogen. „Wir haben diese beiden Themen zusammengeführt“, erläuterte Weyel, „und die Arbeitsgruppen Suchthilfe und Drogenhilfe zu einer Arbeitsgruppe zusammengefasst.“ In dieser Arbeitsgruppe setzen sich kommunale Akteure mit den Freien Trägern zusammen, koordiniert wird die Arbeit vom Suchthilfekoordinator als Vertreter der Kommune. Die Alkoholprävention ist dabei ein

Baustein dieser Sucht- und Drogenpolitik.

● Alle Akteure an einen Tisch bekommen

Ihm sei wichtig, dass alle relevanten Akteure „an einem Tisch sitzen“ und somit die unterschiedlichen Interessen eingebracht werden können. Wenn beispielsweise bei Abiturfeiern der öffentliche Raum vermüllt wird, sei der Blickwinkel der Kommune weniger ein sozialer, sondern er sei stärker ordnungspolitisch

geprägt. Zur Stadtgesellschaft gehören Menschen, die mit Alkohol Geld verdienen, wie Einzelhandel und Festbetreiber. Auch diese wollen „wir mit ins Boot holen“, denn sie hätten ebenfalls ein Interesse an einer Festkultur.

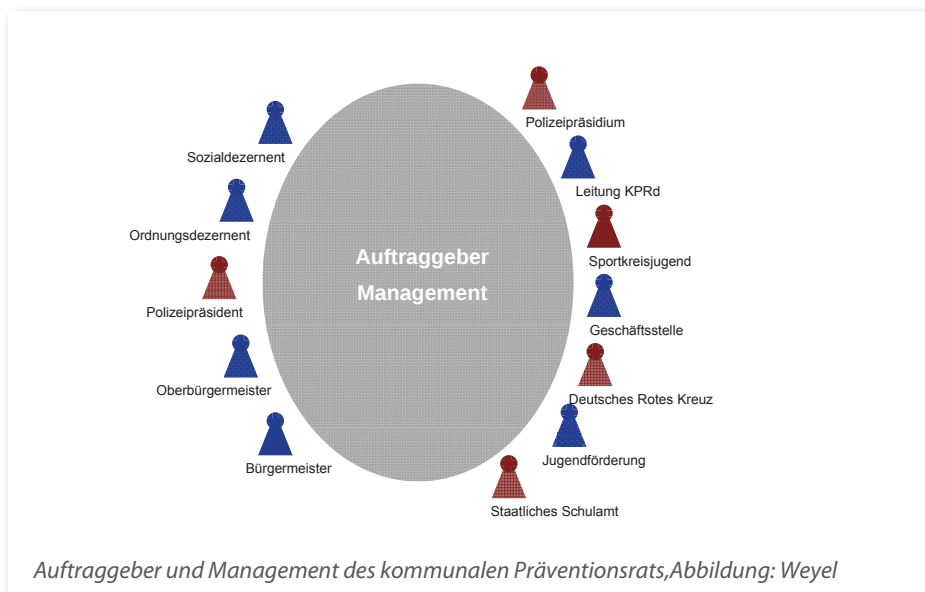
Wenn die Arbeitsgruppen tagen, sind die Dezernenten/-innen mit dabei. So entstehe eine gute Balance zwischen Sozial- und Ordnungspolitik. Denn mit der Sozialpolitik alleine bekomme man nicht alle ins Boot. Zudem liegen in den Arbeitsgruppen immer konkrete Aufträge vor.

● Auf den Hintergrund achten

Aus dieser Arbeitsweise heraus entstand in Darmstadt eine Reihe von konkreten Projekten. So gab es das Problem, dass Jugendliche sich in Parkanlagen zum Trinken trafen, Parkbänke wurden in Mitleidenschaft gezogen, der Park vermüllt. Was war zu tun? Die Beteiligten setzten sich zusammen und diskutierten Lösungen auf der strukturellen und der individuellen Ebene. Mobile Teams (organisierte Streetworker und Mitarbeiter/-innen aus verschiedenen sozialen Einrichtungen) sind bei den Jugendlichen im Einsatz, als strukturelle Maßnahmen wurden größere Müll-eimer aufgestellt und Parkbänke versetzt.

Ein anderes Projekt entstand aus der Frage: Wo haben Jugendliche Vorbilder? Weil der Fußballverein dabei eine wichtige Rolle spielt, finden dort regelmäßig Programme mit Bundesliga-Profis statt. Das Projekt „Meine Abwehr steht“ ist ein Beispiel dafür, wie gezielt auf Kinder und Jugendliche zugegangen wird. Die Prävention ist in Darmstadt auch bei großen Festen mit Ständen vertreten und mobile Veranstaltungsteams sind dort im Einsatz.

Weyels Fazit zu 22 Jahren Kommunalen Präventionsrat:



„Es ist ein sehr langer Prozess.“ In diesem Prozess ist es wichtig, möglichst viele Beteiligte und Akteure ins Boot zu holen, damit Projekte nicht anecken. Es müsse Überzeugungsarbeit geleistet, die Entscheidungsträger müssten an einen Tisch geholt werden. Wenn es Probleme mit Jugendlichen und Alkohol im öffentlichen Raum gibt, sei die Prävention oft nicht eingeladen. Meist würden kurzfristige Lösungen für ein Problem gesucht, um die Störung im öffentlichen Raum abzustellen. Prävention arbeitet im Gegensatz dazu langfristig. Sie begleitet die Jugendlichen. Deshalb müsse deutlich werden, dass Suchtprävention keine ordnungspolitische Maßnahme sei.

Mobile Sozialarbeit und Prävention kamen in Darmstadt zum Zuge, als eine Gruppe von Punkern/-innen mit ihren Hunden vor einer Parfümerie saß und bettelte und eine Lösung für dieses Problem gesucht wurde. Es wurde mit den Jugendlichen geredet. Die Jugendlichen zu beteiligen, ist ein Ziel der Arbeit. Das gilt auch für Jugendliche, die als Störer aufgefallen sind. Aufgabe der Suchtprävention sei es, bei einem Problem „auf den Hintergrund zu schauen.“ Weyel schloss sein Referat mit den Worten: „Wir sind noch dabei, die Stadt (für die Prävention) zu erobern.“

● Referent

Volker Weyel

Leitung Kommunalen Präventionsrat
der Wissenschaftsstadt Darmstadt,
Suchthilfekoordinator
Frankfurter Straße 71, 64293 Darmstadt
Tel: 0 61 51/13 31 98
E-Mail: volker.weyel@darmstadt.de

Matthias Haug

Herausforderungen in der Prävention des Alkoholmissbrauchs – Erfahrungen aus der Arbeit im ländlichen Raum

Matthias Haug, Amt für Grundsatz und Soziales im Landratsamt Karlsruhe, ging auf die spezifischen Bedingungen der Suchtprävention im ländlichen Raum ein. Die Entscheidung über präventive Maßnahmen liegt bei den Kommunen. Sie brauchen nachhaltige, modulare Angebote mit einem Synergie-Effekt, deren Effizienz und Effekte nachweisbar sind. Netzwerke, feste Regeln und passgenaue Umsetzung sind weitere wichtige Bedingungen für Suchtprävention.

Matthias Haug begann seinen Vortrag mit einem Beispiel. Vor einiger Zeit sei jemand aus der Kreisverwaltung zu ihm gekommen und habe zum Thema Suchtprävention die Frage gestellt: „Welche „Produkte“ haben wir denn?“ Verwaltung betrachtet Suchtprävention als Produkt, das an den Mann gebracht werden muss. Eine Sichtweise, die Prävention einkalkulieren müsse.

Im ländlichen Raum sind zudem spezifische Bedingungen in der Präventionsarbeit zu berücksichtigen: Jugendliche auf dem Lande trinken mehr, der Alkoholmissbrauch ist höher. Die Quote der Fachkräfte für Prävention ist im Vergleich zu den Städten schlechter. 2008 kam in Heidelberg eine Fachkraft auf 11 000 Einwohner/-innen, in Karlsruhe lag das Verhältnis bei 1 zu 15 000. Im Landkreis Karlsruhe kommt eine Fachkraft auf 29 000 Einwohner. Die Versorgungs- und Organisationsstruktur ist im ländlichen Bereich anders als in den Städten.

● Entscheidung liegt bei den Kommunen

So waren die 32 Kommunen im Landkreis Karlsruhe zwar alle in der Suchtprävention tätig. Eine Kommune veranstaltete Elternseminare, eine andere einen Kurs für Jugendliche. Jedoch fehlte es diesen Aktivitäten an Kontinuität und Nachhaltigkeit. Einzelne, zeitlich befristete Projekte anzubieten, erscheine wenig effektiv. Die Präventionsstrategien in der Fläche divergieren, ihnen fehlt es somit an Verbindlichkeit und der einheitlichen Umsetzung im Kreisgebiet. Bewährt habe sich, hier eine vernetzte Organisationsstruktur zu schaffen, die auf Nachhaltigkeit und Flächenwirkung abzielt.



Matthias Haug, Karlsruhe

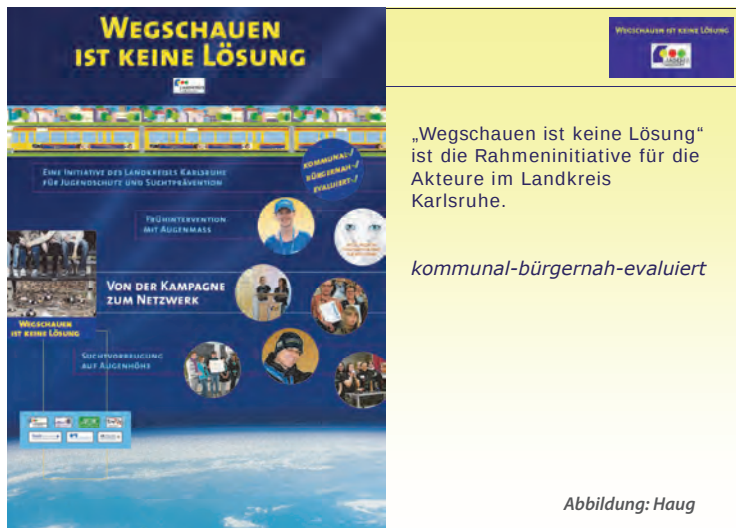
Im Landkreis kommt die Frage der Entscheidungskompetenz hinzu. Landrat und Kreisverwaltung können zwar Empfehlungen geben und Aktivitäten anregen, die Entscheidung darüber liegt aber bei den Kommunen. Suchtprävention und Jugendschutz sind kommunale Aufgaben und fallen unter die allgemeine Daseinsvorsorge. Darauf müssen die Module in der Prävention Rücksicht nehmen. Fachlich begründete Notwendigkeit alleine reiche nicht – die Belange der Politik als Souverän spielten ebenso eine Rolle. Bei der Planung einer präventiven Maßnahme ist die Frage zu stellen: Ist sie politisch gewollt und finanziell möglich?

Angesichts dieser Voraussetzungen sind klar formulierte Ziele der Suchtprävention notwendig:

- Entwicklung einer Jugendschutzkultur
- Einhalten der Jugendschutzbestimmungen
- Reduzieren der Erreichbarkeit von Suchtmitteln für Jugendliche
- Reduzierung von Gewalt und Vandalismus.

Doch wie erreicht man diese Ziele? Die Herausforderung bestehe darin, einerseits mit dem „Produkt Suchtprävention“ den Interessen der Kommunalpolitik zu entsprechen, andererseits ein wirkungsvolles Modul vor Ort zu installieren und im Interesse der Suchtprävention einen bewährten, Gewinn versprechenden Baustein dauerhaft einzurichten. Erfolgsversprechend in diesem Sinne sind nachhaltige, modulare Angebote mit Synergie-Effekt.

Nachdem eine Kommune wegen des hohen Konsums von Alkohol von Jugendlichen negative Schlagzeilen in der Presse bekommen hatte, setzten sich die relevanten Akteure der Kommune zusammen. Daraufhin kamen unter anderem die



Jugendschutzteams zum Einsatz. Die Auswertungs-Statistik zeigte, dass die Maßnahmen einen klaren positiven Effekt hatten. Vor allem der Einsatz der Jugendschutzteams reduzierte nachweislich die Schäden, Körperverletzungen, Streitigkeiten und die Anzahl alkoholisierter Jugendlicher bei Faschingsveranstaltungen. Die Kommunalpolitiker/-innen konnten also auf eine positive Bilanz verweisen und der Effekt der präventiven Maßnahme lag schwarz auf weiß vor.

Positive Effekte zeigten auch die Schulungen im Jugendschutz und die Zertifizierung von 625 Vereinen und Gruppen im Landkreis Karlsruhe. Die Handlungssicherheit für die Akteure vor Ort habe erkennbar zugenommen, die Kommune gewann bei der Einwohnerschaft an Glaubwürdigkeit hinsichtlich ihrer Jugendschutzbemühungen. Die Bereitschaft, neue kreative Module zum Jugendschutz und der Suchtvorbeugung vor Ort zu installieren, erhöhte sich. Erfolgreich waren auch Testkäufe zu Alkohol und Tabak. Es sind solche nachweislich effektiven Module, „die von Bürgermeistern positiv gesehen werden und gewollt sind“, stellte Haug fest. Präventive Maßnahmen, bei denen die Effekte belegt werden können, die überprüft und gemessen wurden, sind in den Kommunen besser zu installieren.

● Ressourcen und Potentiale

Weiteres Spezifikum für den ländlichen Bereich ist die meist fehlende räumliche und personelle Infrastruktur, auf der sich Prävention entwickeln kann. Der Suchtprävention werden auch ordnungspolitische Maßnahmen zugeordnet. Um eine erfolgreiche Alkoholprävention zu implementieren, ist der Verhältnisprävention – allein schon aus Gründen der Effektivität – verhaltenspräventiven Maßnahmen gegenüber Vorrang einzuräumen.

Alkoholprävention im ländlichen Bereich brauche also zusammengefasst eine klare und eindeutig zuordenbare Kampagne und anstatt vieler einzelner Projekte die Verankerung von Modulen (evaluiert, messbar im Erfolg). Es gelte, den Wald – nicht die Bäume zu sehen, also Generalist zu sein und sich nicht in Einzelfällen zu zermürben. In der Alkoholprävention müssten Doppel- und Parallelstrukturen vermieden werden. Da personelle Ressourcen wichtig sind, sei ein Faktor für die Alkoholprävention die Arbeit von Ehrenamtlichen. Im Landkreis Karlsruhe sind beispielsweise ehemalige Lehrkräfte oder Polizisten/-innen in die Arbeit eingebunden, ebenso die Sucht-Selbsthilfe oder der Lions-Club. Diese Akteure finden im Landkreis Karlsruhe einen klaren Rahmen.

Den Rahmen bildet die Initiative „Wegschauen ist keine Lösung“. Gesteuert wird die Initiative von einer Gruppe von Kreisräten und Kreisrätinnen aus allen Fraktionen, die als eine Art Brückenbauer zu den Kommunen und den Verwaltungen fungieren. Als sehr hilfreich für die Unterstützung der Prävention durch die Kommunen erweist sich ein „Monitoring“. Ein- bis zweimal im Jahr wird in allen Kommunen Bilanz der vorhandenen Module der Alkoholprävention gezogen. Damit behalten die Kommunen die Entwicklungen im Jugendschutz und in der Suchtvorbeugung systematisch im Blick. Dieses Monitoring führte zu einem „Ranking“ der Kommunen, das, so Haug, zu einem Selbstläufer geworden sei. Aus dem Monitoring entstand in den Kommunen eine sinnvolle Diskussion zur Alkoholprävention.

Der Referent fasste zum Abschluss die „Top-six“ der Suchtprophylaxe noch einmal zusammen.

Sie muss demnach

- vor Ort (passgenau) umgesetzt werden!
- Chefsache werden!
- Ein Netzwerk aller/vieler sein, Haupt- und Ehrenamtlicher!
- Feste Regeln und Vorgaben haben, deren Einhaltung kontrolliert wird!
- Vielfältig sein, mit Ideen für alle Bereiche des Lebensraumes der Jugendlichen!
- nachhaltig sein!

● Referent

Matthias Haug

Landratsamt Karlsruhe, Amt für Grundsatz und Soziales, Suchtbeauftragter des Landkreises
Wolfartsweiler Straße 5

76131 Karlsruhe, Tel: 07 21/9 36 – 77 16

E-Mail: matthias.haug@landratsamt-karlsruhe.de

Hans - Jürgen Hallmann

Netzwerkarbeit als Voraussetzung für eine erfolgreiche kommunale Alkoholprävention

Dr. Hans-Jürgen Hallmann, Leiter der ginko Stiftung für Prävention in Mülheim an der Ruhr, ging in seinem Vortrag auf die Schritte ein, die Voraussetzung für eine funktionierende Netzwerkarbeit sind. Anhand eines Modellprojekts erläuterte er die Vorgehensweise für eine erfolgreiche Kooperation und gab den Teilnehmenden eine Fülle von konkreten Hinweisen mit auf den Weg.

Das Modellprojekt „GigA“ (Gemeinsam gegen Alkoholmissbrauch bei Kindern und Jugendlichen) wird von der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) gefördert. Es ist auf drei Jahre angelegt und findet exemplarisch an sechs Standorten in Nordrhein-Westfalen statt: zwei Großstädten, zwei Landkreisen und zwei Kleinstädten (siehe dazu auch Seite 30). Partner für das Projekt sind die ginko - Stiftung für Prävention und der Landschaftsverband Rheinland. Die Erfahrungen und Ergebnisse dieses Projekts ebenso wie die einiger Fachtagungen dienen Hans-Jürgen Hallmann als Grundlage für seinen Vortrag.

Der Bedarf für Prävention sei erkennbar, stellte Hallmann fest, bei Städten und Gemeinden gebe es einen moderaten bis hohen Problemdruck. Als Beispiel dafür nannte er eine Stadt im Rheinland, in der der Kinderkarnevalsumzug aus Angst vor exzessiven Alkoholmissbrauch durch Jugendliche abgesagt wurde.

Häufig seien die für die Prävention wichtigen Akteure vor Ort nicht vernetzt und kooperierten nur unsystematisch miteinander. Manchmal arbeiteten sie sogar gegeneinander. Damit ein Netzwerk gelingt, braucht es regionale Bedingungen, die dessen Bildung ermöglichen. Denn nicht jede Zusammenkunft ist ein Netzwerk. Zu einem funktionierenden Netzwerk gehören nach bisherigen Erfahrungen unterschiedliche Akteure: das Gesundheitsamt, Ärzte und Kliniken, Polizei, Schulen, die Suchtvorbeugung, das Ordnungsamt und der Jugendschutz. Weitere Mitglieder sind je nach örtlichen Bedingungen einzubeziehen.

Wenn Netzwerke nicht funktionieren, hat das Gründe. Ein Hemmnis ist zum Beispiel die Konkurrenz unter den beteiligten Netzwerkpartnern. Haben mehrere Träger den gleichen Aufgabenbereich und fehlen



Dr. Hans-Jürgen Hallmann, ginko Stiftung, Mülheim

Abspraken über die Zuständigkeit, fördert das die Konkurrenz. Unterschiedliche fachliche Hintergründe sind oft mit einer unterschiedlichen Sprache verbunden. Fehlende oder unzureichende Ressourcen wie Zeit, Personal oder finanzielle Mittel können die Arbeit von Netzwerken ebenso erschweren wie komplexe oder unklare Zuständigkeiten und mangelnde Transparenz. Umgekehrt heißt das, Vernetzung und Kooperation gelingen, wenn Verfahren, Regelungen und Strukturen geschaffen werden, Rollen und Funktionen definiert sind und somit einer Professionalisierung zugänglich gemacht werden.

Hallmann definierte Schritte, die für eine funktionierende Netzwerkarbeit Voraussetzung sind:

1. Schritt: Bildung eines Lenkungsgremiums
2. Schritt: Klärung von Leitfragen
3. Schritt: Aufbau weiterer Partnerschaften
4. Schritt: Entwicklung von Zielvorgaben.

● Bildung eines Lenkungsgremiums

Je nach örtlichen Bedingungen gehören zu einem Lenkungsgremium die örtliche Präventionsfachkraft, Vertreter/-innen des Jugend- und Gesundheitsamts sowie der Ordnungsbehörden/Polizei. Letztere sind wichtige Partner, die die verhaltenspräventiven Maßnahmen durch verhältnispräventive Maßnahmen unterstützen können, so Hallmann. Für ein Lenkungsgremium sind Vertreter/-innen der

Prävention sowie der örtlichen Behörden wichtig, möglichst der Führungsebene oder in deren Auftrag handelnd. Denn ein solches Gremium braucht eine Legitimation, braucht einen Auftrag, betonte der Leiter von ginko.

● Klärung von Leitfragen

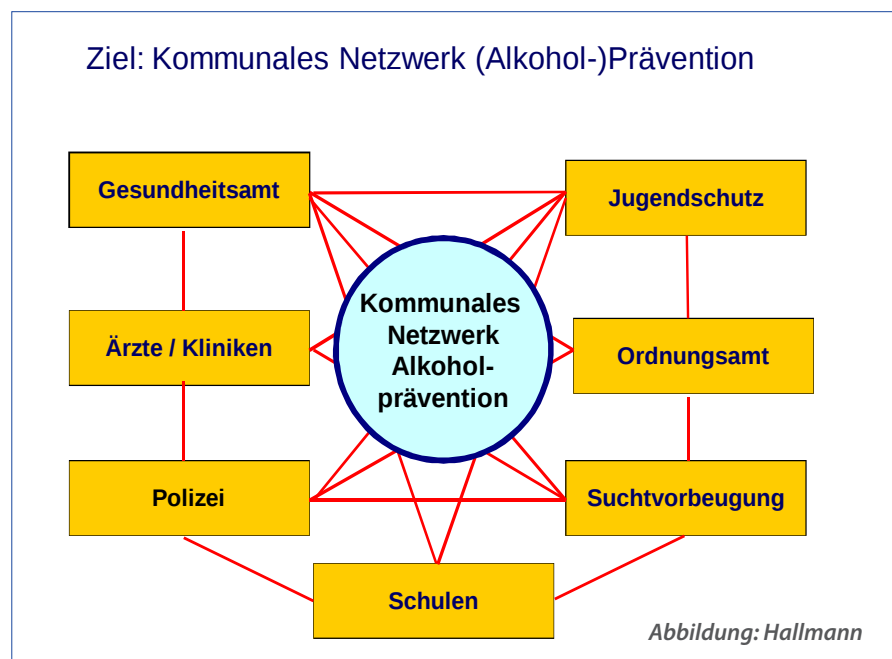
Für eine gute Netzwerkarbeit ist die Bestandsaufnahme der örtlichen Gegebenheiten ein weiterer wichtiger Schritt. Sie klärt relevante Leitfragen: Wie ist die Zusammenarbeit im Rahmen der Suchtvorbeugung formal geregelt, wie sieht die regionale Zusammenarbeit

zwischen dem Gesundheitsbereich, der Jugendhilfe, dem Bildungs-, Kultur- und Freizeitbereich konkret aus und wie sind Verantwortungsbereiche, Aufgaben und Kompetenzen definiert und verteilt? Weil die Qualität einer Kooperation oft „hinten ansteht“ ist zu klären, wie und wo über die Qualität der Kooperation gesprochen wird. Um eine gute Zusammenarbeit zu gewährleisten, müssen die Transparenz zwischen den Arbeitsgebieten und der Austausch untereinander gegeben sein.

Damit überhaupt eine funktionierende Netzwerkarbeit entstehen kann, sind ein gemeinsames Interesse, gemeinsame Ziele sowie die grundsätzliche Bereitschaft der Akteure zur verbindlichen Zusammenarbeit notwendig. Natürlich muss die Zusammensetzung des Netzwerks geklärt werden. Bei der Initiative GigA in Bielefeld kooperieren im Netzwerk zum Beispiel: die Marketing GmbH, der Caritasverband, die DEHOGA Ostwestfalen e.V., die Fachstelle für Suchtvorbeugung/Drogenberatung e.V., der Einzelhandelsverband Ostwestfalen, der Fachverband Tankstellengewerbe, der Fahrlehrerverband NRW, das Jugendamt, das Kommissariat Vorbeugung der Polizei, die Kommunale Gesundheitskonferenz, das Schulamt für die Stadt, der Sozial- und kriminalpräventive Rat der Stadt sowie der Sportbund. Je nach Arbeitsschwerpunkt können die Partner unterschiedlich sein.

● Aufbau weiterer Partnerschaften

Als dritten Schritt für ein Netzwerk nannte Hallmann die Einbindung von möglichen Partnern, die das Anliegen unterstützen können. Neben Politik und Verwaltung können das die Kostenträger wie



Krankenkassen, die örtliche Presse, Sponsoren oder die Einrichtungen und Dienste angrenzender Bereiche sein.

Der Grundsatz „Kooperation statt Konkurrenz“ gehört zu den Voraussetzungen für eine gelingende Netzwerkarbeit. Um erfolgreich zu arbeiten und die konkrete Kooperation vor Ort umzusetzen, müssen

- innerhalb des Netzwerks die Zuständigkeiten der einzelnen Partner klar verteilt und transparent sein sowie
- die jeweiligen Verantwortungsbereiche verbindlich benannt werden
- die Netzwerkpartner zuverlässig sein, die Unterstützung ihres jeweiligen Trägers haben und über eine entsprechende Entscheidungskompetenz verfügen.

Netzwerkarbeit erfordert weiterhin eine Vertrauensbasis sowie Beständigkeit und Offenheit unter den jeweils Beteiligten. Sinnvoll ist es, eine Geschäftsordnung zu erstellen, in der gemeinsame Regeln für alle Beteiligten festgehalten werden. Getroffene Vereinbarungen müssten protokolliert und verbindlich umgesetzt werden.

● Entwicklung von Zielvorgaben

Ein Netzwerk braucht Verbindlichkeit und Zielkonsequenz. Der Landschaftsverband Rheinland (LVR) entwickelte das Modell eines Netzwerkbezogenen Qualitätsmanagements (NBQM). Dazu gehört ein Kriterienkatalog mit folgenden Fragen: Wie geht ein Netzwerk vor, um seine Ziele zu erreichen? Was erreicht das Netzwerk und wie misst es seine Ergebnisse? Zum Programm des NBQM gehört



unter anderem eine Selbstbewertung. Es werden Potentiale zur Verbesserung identifiziert sowie Verbesserungsmaßnahmen vereinbart, geplant und durchgeführt. Die Ergebnisse werden dokumentiert und gemessen.

● Zielvorgaben bei GigA

Als Ziel des kommunalen Netzwerks bei GigA wurde beispielsweise definiert: Die verstärkte Umsetzung alkoholpräventiver Maßnahmen auf regionaler Basis zu fördern, um frühen Alkoholmissbrauch im Kindes- und Jugendalter nachhaltig zu verhindern. Dieses allgemeine Ziel wurde in drei weitere Zielkriterien differenziert. Solche Ziele sollten klar, kurzfristig und überschaubar sein und von der Situation vor Ort ausgehen.

Durch das Modellprojekt waren alle Beteiligten gezwungen, klare Zielvereinbarungen und Absprachen zu treffen, deren Einhaltung zudem kontrolliert wurde. Dafür müssen die Zielkriterien überprüfbar sein. Um Überprüfbarkeit herzustellen, wurde beispielsweise im Rahmen des GigA Modellprojekts die Bevölkerung zum Problem des Alkoholkonsums und -kaufs bei Jugendlichen befragt. Diese Umfrage machte zum einen den Handlungsbedarf deutlich, zum anderen ergaben sich daraus entsprechende Ziele.

Durch einen Beschluss des Rates sowie von allen zuständigen kommunalen Gremien und Ausschüssen sicherte man sich schließlich in der Stadt Bielefeld die Unterstützung der kommunalen Politik. Um die gesetzten Ziele zu erreichen, wurden verschiedene Aktionen wie verstärkte Jugendschutzkontrollen oder konzertierte Aktionen auf Stadtfesten durchgeführt und Peers eingesetzt. Die Presse berichtete permanent von den Aktionen und Einsätzen.

● Erste Ergebnisse der Evaluation

Mittlerweile liegen erste Ergebnisse der Evaluation vor. „Sie sind weitestgehend positiv“, berichtete

Hallmann. Unter anderem hat sich die öffentliche Aufmerksamkeit zum Alkoholkonsum bei Jugendlichen erhöht. Jugendliche nehmen in den GigA-Projektregionen im Vergleich zu den Kontrollregionen verstärkt Maßnahmen zur Alkoholprävention wahr und betrinken sich mittlerweile deutlich seltener als noch vor einigen Jahren. Und Jugendliche erhalten an Verkaufsstellen heute weniger häufig Alkohol.

Auch das Netzwerkmanagement zeigte positive Ergebnisse. Die Netzwerkarbeit hat sich verbessert.

So wurde beispielsweise an allen Standorten ein Lenkungsgremium gebildet. Allerdings empfanden einige Projektbeteiligte das Verfahren auch als etwas aufwendig.

Zum Ende seines Vortrags fasste Hallmann noch einmal die Voraussetzungen für eine erfolgreiche Netzwerkarbeit zusammen: Alle Beteiligten sollten motiviert sein und den Netzwerkgedanken verinnerlichen. Die Beteiligten sollten die damit verbundenen Aufgaben akzeptieren und bereit sein, sie umzusetzen. Die Arbeit wird von der Politik unterstützt.

Eine erfolgsversprechende Vorgehensweise im Rahmen kommunaler Netzwerkarbeit sieht dann wie folgt aus:

- Bildung eines Lenkungsgremiums
- Klärung von Leitfragen/Erarbeitung einer gemeinsamen Arbeitsgrundlage
- Akteure ins Netzwerk einladen
- Unterstützer/-innen einbeziehen/Partnerschaften bilden
- Geschäftsordnung erstellen
- Ziele festlegen
- Maßnahmen planen und umsetzen
- Ergebnisse überprüfen und dokumentieren
- Nachhaltigkeit sichern durch Selbstbewertung und
- Umsetzung von Verbesserungsmaßnahmen.

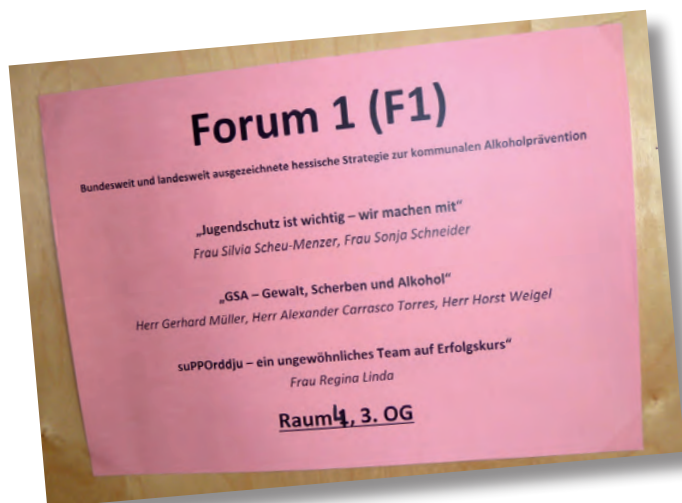
„Wir müssen hin zum Miteinander“, schloss Hallmann seinen Vortrag, „und weg vom Neben- und Gegeneinander.“

● Referent

Dr. Hans-Jürgen Hallmann

Projektleiter GigA, Landeskoordinierungsstelle für Suchtvorbeugung NRW,
ginko - Stiftung für Prävention
Kaiserstraße 90, 45468 Mülheim an der Ruhr
Tel: 02 08/3 00 69-41,
E-Mail: j.hallmann@ginko-stiftung.de

Bundesweit und landesweit ausgezeichnete hessische Strategien zur kommunalen Suchtprävention



Im Raum 4 im dritten Stock des Hauses am Dom war kaum noch ein Stuhl frei. In den drei vorgestellten Projekten des Forum 1 vermittelten die Referenten/-innen viele gute und im wahrsten Sinne des Wortes ausgezeichnete Ideen für die Suchtprävention: die Aktion „Jugendschutz ist wichtig – wir machen mit!“ im Kreis Limburg-Weilburg, das Projekt „GSA - Gewalt, Scherben und Alkohol“ aus der Kreisstadt Erbach im Odenwald oder „suPPOrddJu – Ein ungewöhnliches Team auf Erfolgskurs“ aus Marburg. Forumsleiterin Daniela Senger-Hoffmann von der Hessischen Landesstelle für Suchtfragen traf auf sehr interessierte Zuhörende. Ihre Fragen drehten sich vor allem

darum, wie es bei den vorgestellten Projekten gelungen war, das Thema Suchtprävention langfristig zu etablieren und die Entscheider an einen Tisch zu bekommen.



Silvia Scheu-Menzer, Sonja Schneider

„Jugendschutz ist wichtig – wir machen mit!“

Erster Platz beim landesweiten Wettbewerb der HLS „Suchtprävention – Der Impuls“ in Hessen 2008

Einmal im Jahr treffen sich Vereins- und Behördenvertreter/-innen der Gemeinde Hünfelden, um über ein besonderes Thema zu diskutieren: den Schutz von Jugendlichen bei Abend- und Discoververanstaltungen in der Gemeinde. Das Treffen ist Teil des Projekts „Jugendschutz ist wichtig – wir machen mit!“ des Landkreises Limburg-Weilburg, zu dem Hünfelden gehört. Ziele des Projekts sind die Einhaltung des Jugendschutzes bei abendlichen Veranstaltungen, einen verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol bei Jugendlichen und Heranwachsenden zu fördern sowie Veranstalter für dieses Thema zu sensibilisieren. Vorgestellt wurde das Projekt von Silvia Scheu-Menzer, Bürgermeisterin in der Gemeinde Hünfelden, Modellregion für das Projekt, und Sonja Schneider Fachstelle für Suchtprävention im Landkreis Limburg-Weilburg.

Mit verschiedenfarbigen Einlassbändchen für verschiedene Altersgruppen (14-, 16- und 18-Jährige), Stempeln und der Werbung für günstige nicht-alkoholische Getränke setzen Veranstalter ein Zeichen, dass sie im Sinne des Jugendschutzes mitwirken. Anlass für die Initiative zum Projekt war die Beobachtung, dass



Silvia Scheu Menzer (rechts) und Sonja Schneider

es bei den beliebten Kirmesdisco-Veranstaltungen im Kreis zunehmend zu Sachbeschädigungen, Körperverletzungen sowie Alkoholvergiftungen bei immer jüngeren Besuchern/-innen kam. Um dem entgegenzuwirken, wurde die Aktion „Jugendschutz ist wichtig – Wir machen mit!“ ins Leben gerufen. Sie ist das Ergebnis einer Zusammenarbeit von Polizei, Jugendschutz, der Fachstelle für Suchtprävention des Vereins Jugend- und Drogenberatung Limburg,

der Kriminalprävention Limburg-Weilburg und der Unterstützung der Oberselters Mineralbrunnen Vertriebs GmbH, die kostenlos alkoholfreie Getränke für die Disco-Veranstaltungen zur Verfügung stellt.

Zum Auftakt der Aktion fand eine Pressekonferenz statt, eine Broschüre zu Jugendschutz und Discoveranstaltungen wurde neu aufgelegt, Plakate gedruckt und gemeinsam mit einem Begleitschreiben an die Bürgermeister/-innen der 19 Kommunen des Kreises versendet. Zunächst fanden im Rahmen der Aktion vier „modellhafte“ Discos mit einem konsequenten Jugendschutz statt, die ermutigende Ergebnisse brachten.

● Modellregion Hünfelden

Ansprechpartner der Aktion sind Vereine und Verbände, die in den Gemeinden Feste und Kirmesdiscos veranstalten. Die Bürgermeisterin der Gemeinde Hünfelden, die 2010 als Modellregion zum Projekt kam, erläuterte, wie der Jugendschutz im Vereinsleben umgesetzt wurde. 2010 trafen sich erstmals 35 Vertreter/-innen aus Vereinen, der Gemeindeverwaltung sowie aus der Gruppe der Projektinitiatoren/-innen für ein erstes Informationsgespräch. Mittlerweile finden diese Treffen jährlich statt. Die Rückmeldungen der Vereine zum Projekt seien durchweg positiv gewesen.

Die Gemeinde erstellte eine „Checkliste“ für die Vereine mit Punkten, die zum Jugendschutz vor und während der Veranstaltungen zu berücksichtigen sind. Zudem wurde angeordnet, für den Außenbereich zwei weitere Security-Mitarbeiter/-innen einzusetzen – die Kosten dafür trägt zur Hälfte die Gemeinde.

Alle wichtigen Informationen zum Thema Jugendschutz bei Veranstaltungen sind auf der Homepage von Hünfelden veröffentlicht. Mittlerweile gibt es in Hünfelden eine eigene Aktion unter dem Motto: „Jugendschutz in Hünfelden: Wir machen mit!“

● Einlassbänder und Stempel

Das Projekt fördert und unterstützt die Veranstalter im gesamten Landkreis Limburg-Weilburg, die bei ihren Discoabenden Maßnahmen ergreifen, den Jugendschutz einzuhalten, den Konsum alkoholfreier Getränke durch einen deutlichen Preisnachlass fördern und keine Schnäpse pur ausschenken. Zudem erhalten die Veranstalter kostenlos verschiedenfarbige Einlassbänder und Stempel sowie entsprechende Plakate für den Einlass- und Thekenbereich. Durch die Bänder und Stempel ist es dem Security- und Thekenpersonal schnell möglich festzustellen, wie alt ein/e Besucher/-in ist, wie lange sie/er bleiben und was

sie/er trinken darf. Damit gewährleistet der Veranstalter die Einhaltung der im Jugendschutz vorgesehenen Alters- und Zeitgrenzen.

Den Erlös der gesponserten alkoholfreien Getränke darf der Ausrichter behalten und kann ihn beispielsweise der Vereinskasse zu Gute kommen lassen. Vorteil der alkoholfreien Getränke ist also nicht nur ein hundertprozentiger Ertrag für den Veranstalter, sie mindern vor allem die Gewaltbereitschaft unter den Jugendlichen.

Seit dem Projektstart haben im Landkreis Limburg-Weilburg viele weitere Aktionen stattgefunden. Beispielsweise ein Fachtag „Jugendschutz in der Öffentlichkeit“. Es haben sich ergänzende Projekte entwickelt, so die Ausbildung eines Jugendschutzteams, das bei Veranstaltungen gezielt Jugendgruppen anspricht. Weiteres Ergebnis ist der Mitmachparcours „Happy-Hour“ (seit 2012 zur Alkohol- und Tabakprävention) für Schüler/-innen ab Klasse 6 aller weiterführenden Schulen des Kreises.

Das Fazit des Projekts war positiv: Die Aktion sensibilisierte die Politik für dieses Thema, die „Modellveranstaltungen“ wurden sowohl von den Organisatoren als auch von den Jugendlichen positiv angenommen und Vereine achten bei ihren Veranstaltungen verstärkt auf die Umsetzung des Jugendschutzes.

Um diese positiven Effekte zu erhalten, setzen die Beteiligten des Netzwerks im Landkreis ihre Arbeit kontinuierlich fort. Eine regelmäßige Berichterstattung in den bestehenden Gremien, regelmäßige Rundbriefe an die Bürgermeister/-innen der Kommunen, der Einsatz der Jugendschutzteams und des Mitmachparcours sorgen dafür, dass das Thema Alkohol und Jugendschutz in der Öffentlichkeit und bei den Verantwortlichen im Gedächtnis bleibt.

● Referentinnen

Silvia Scheu-Menzer

Gemeinde Hünfelden, Bürgermeisterin
Le Thillay-Platz, 65597 Hünfelden
Tel: 0 64 38/8 38-20
E-Mail: buergermeisterin@huenfelden.de

Sonja Schneider

Fachstelle Suchtprävention für den Landkreis
Limburg-Weilburg der Jugend- und
Drogenberatung Limburg e.V.
Konrad-Kurzbald-Straße 3, 65549 Limburg/Lahn
Tel: 0 64 31/2 21 63-53
E-Mail: sonja.schneider@judro-limburg.de

Gerhard Müller, Alexander Carrasco Torres, Horst Weigel

„GSA – Gewalt, Scherben und Alkohol“

Zweiter Platz 2008/erster Platz 2013 beim hessenweiten Wettbewerb der HLS „Suchtprävention – Der Impuls“/2011 Platz 2 beim bundesweiten Wettbewerb der BZgA „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“



von rechts: Horst Weigel, Gerhard Müller, Alexander Carrasco Torres

Untermalt mit bunten Bildern von zahlreichen Aktionen präsentierten die Referenten in ihrem Vortrag das Projekt „Gewalt, Scherben und Alkohol“. Die Partner des Kooperationsprojekts stellten es bei der Tagung gemeinsam und sehr lebendig vor: Gerhard Müller von der Jugendsozialarbeit der Kreisstadt Erbach, Alexander Carrasco Torres, Schulsozialarbeiter der Lernstubb Michelstadt/Schule am Sportpark und Horst Weigel, Fachstelle für Suchtprävention des DRK Odenwaldkreis.

Zielgruppe für die seit 2008 stattfindenden Aktivitäten des Projekts sind Jugendliche, Eltern und Erwachsene. Die kommunalen Präventionsaktivitäten teilen sich in zwei Hauptrichtungen: Den personalpräventiven Bereich mit dem Jugendpräventionsprojekt „Gewalt, Scherben und Alkohol“ (GSA) und den verhältnispräventiven Bereich unter anderem in einem kommunalen Arbeitskreis.

Kernpunkte des Projekts sind Peer-Aktivitäten. Jugendliche arbeiten als Multiplikatoren/-innen vielfältig mit anderen Jugendlichen. Im Netzwerk sind weiterhin verschiedene Kooperationspartner beteiligt. Mittlerweile existieren 33 Bausteine der Prävention. Sie sind flexibel, situationsorientiert und kombinierbar.

Ein wesentliches Medium im Projekt ist der Sport. Zu den 33 Bausteinen gehören neben Sportprojekten auch Theater-, Kunst-, Medienprojekte, eine alkoholfreie Cocktailbar zum Ausleihen sowie Wett-

bewerbe (1. Erbacher Cocktail Contest, 1. Erbacher Torten Contest, Alkoholquiz zum Baustein „Diese Ausstellung ist zum Kotzen...“). Unterschiedliche Themen und Ideen werden kontinuierlich aufgegriffen und umgesetzt und damit auch die Nachhaltigkeit verbessert. Je nach Projektbaustein werden regionale oder überregionale Kooperationspartner angesprochen und gewonnen, wodurch ein umfangreiches und tragfähiges Netzwerk entstanden ist.

● Mit Karate und Theater

Im April 2008 begann das Projekt mit einer Eröffnungsveranstaltung sowie Selbstverteidigungskursen mit dem Karateweltmeister Mohammed Abu Wahib. Es folgten zahlreiche Aktionen, so am Erbacher Wiesenmarkt, einer großen Veranstaltung mit rund 500 000 Besuchern/-innen. Beachfußball, Befragungen und Plakataktionen machten auf unterschiedliche Art und Weise auf die Themen aufmerksam. Für ein Theaterprojekt gelang es, die bekannte Schauspielerin Jessica Schwarz zu gewinnen, die auch bei einem Kinowerbespot mitarbeitete.



Studenten/-innen und Professoren/-innen der Bauhaus Universität Weimar entwarfen die Ausstellung "Diese Ausstellung ist zum Kotzen", die in Erbach erstmalig in Hessen gezeigt wurde.

Bei vielen der Aktionen waren Jugendliche einbezogen. Ein kreativer Jugendlicher gestaltete sogar das Logo des Projekts. Sie entwarfen in Wettbewerben

Plakate oder kreierte beim Odenwälder Cocktail-Contest leckere alkoholfreie Cocktails. Unterstützt wurde der Cocktail-Contest von der Deutschen Barkeeper Union. Die Rezepturen werden in das Modul „alkoholfreie Cocktailbar“ übernommen, einer Bar, die für Veranstaltungen ausgeliehen werden kann.

● Kultur des bewussteren Hinschauens

Daneben arbeiten die Kooperationspartner auch im verhältnispräventiven Bereich. Dazu gehört der interkommunale Arbeitskreis Jugendschutz mit zwei benachbarten Kommunen, an dem Projekt-Mitarbeitende teilnehmen. Er dient dem Erfahrungsaustausch und man führt gemeinsam Projekte durch. „Dies gilt auch für den Erbacher Präventionsrat“, schilderten die Referenten. Einem Zusammenschluss zahlreicher fachkompetenter Organisationen, wie der Fachstelle Suchtprävention, Schulen, Polizei, Kirche, Vereine, Mandatsträger verschiedener Parteien und der Jugendarbeit unter Leitung des Bürgermeisters.

Ergänzt wird die Strategie durch ordnungsrechtliche Maßnahmen wie Kontrollen oder Verbote. Ein Beispiel ist die Marktverordnung an alle Festwirte auf dem Erbacher Wiesenmarkt mit Besuchern/-innen. Sie sieht vor, ein beliebtes alkoholfreies Getränk im Volumenverhältnis deutlich billiger anzubieten, als das billigste alkoholhaltige Getränk.

Diese vielfältigen Aktivitäten bewirkten die Entwicklung einer „Kultur des bewussteren Hinschauens“ in den unterschiedlichen kommunalen Bereichen. Positive Rückmeldungen auf regionaler und überregionaler Ebene tragen hierzu wesentlich bei. „Erfolge öffnen Türen!“, so die Referenten. Das Ziel sei die Gestaltung eines Aktionsplanes für die Stadt, der bis zum Winter 2014 umgesetzt sein solle.

● Referenten

Horst Weigel

Fachstelle Suchtprävention im
Suchthilfezentrum Odenwald des DRK
Untere Seewiese 11, 64711 Erbach
Tel: 0 60 6/6 07 75
E-Mail: suchtvorbeugung@drk-odenwaldkreis.de

Gerhard Müller

Magistrat der Stadt Erbach, Jugendsozialarbeit
Neckarstraße 3, 64711 Erbach
Tel: 0 60 62/80 93 26
E-Mail: Jugendarbeit@erbach.de

Alexander Carrasco Torres

Lernstubb Michelstadt/Schule am Sportpark
Am Drachenfeld 2, 64711 Erbach
Tel: 0 60 62/95 55 89-19, E-Mail: alcato@gmx.de



Regina Linda

„suPPOrddju - Ein ungewöhnliches Team auf Erfolgskurs“

Erster Platz in der Kategorie der kreisangehörigen Städte des bundesweiten Wettbewerbs der BZgA 2013



Regina Linda, Marburg

Das Team, das in Marburg in Sachen Alkoholprävention unterwegs ist, mutet tatsächlich auf den ersten Blick ungewöhnlich an. PolizeiPräsidium, ORDnungsamt und JUgendamt bilden gemeinsam das „suPPOrddju“ Team des gleichnamigen

Projekts, das mit der Unterzeile unterstützen & handeln und einer Mischung aus präventiven und repressiven Mitteln agiert. „Unterstützen mit Beratung

und Aufklärung, konsequentes Handeln mit allen rechtlichen Möglichkeiten“, fasste es Regina Linda zusammen, Fachbereichsleiterin für Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Brandschutz in Marburg.

Der Projektname „SuPPOrddju“ wurde gewählt, weil deutlich war, „dass unsere Aktivitäten mit der Übersetzung aus dem Englischen „unterstützen“ zu tun haben“, so Regina Linda. Unterstützung bekommen Jugendliche mit Aufklärung über Alkoholmissbrauch und mit attraktiven Angeboten, sicher zu feiern. Eltern werden mit Informationen und Hilfeangeboten unterstützt und Gastwirte und Veranstalter bei Veranstaltungskonzepten. Das Jugendschutzgesetz soll umgesetzt und regelmäßig kontrolliert werden.

Die Universitätsstadt Marburg ist eine sehr junge Stadt, knapp 50 Prozent der Einwohner/-innen sind unter 30 Jahre. Der Alkoholmissbrauch bei Jugendlichen zeigte auch in Marburg Folgen: Müll, Ruhestörungen, Körperverletzungen, Diebstähle und Alkoholvergiftungen, Pöbeleien und Belästigungen sind einige davon. Um dagegen etwas zu unternehmen, taten sich die Netzwerkpartner zusammen, anfangs noch ohne Projekt. Es gab gegenseitige Vorbehalte, doch sie konnten abgebaut werden. Der Blick über den eigenen Tellerrand und die gegenseitige Akzeptanz erwiesen sich als wertvoll. Die Zusammenarbeit ist sehr gut, die fachliche Kompetenz hoch. Die Teams sind rund um die Uhr unterwegs,



kurze Wege und ein unbürokratischer Austausch von Informationen tragen zum Erfolg bei. Auch die Politik – Oberbürgermeister, Magistrat und alle Fraktionen der Stadtverordnetenversammlung – unterstützen das Projekt.

Wichtig bei allen Aktivitäten ist, „die Interessen der Jugendlichen im Auge zu behalten“, betonte die Referentin. Die Teams mit Mitarbeitern/-innen der Netzwerkpartner zeigen gemeinsame Präsenz an Brennpunkten. Im Projekt werden regelmäßige Kontrollen zum Jugendschutz in Geschäften, Gaststätten, Diskotheken, auf öffentlichen Plätzen und Veranstaltungen durchgeführt. Aufsuchende Jugendarbeit gehört ebenso zur Arbeit wie der Kontakt zu den Eltern, die vom Jugendamt beraten und begleitet werden.

Geschäfte haben sich mittlerweile selbst verpflichtet, ab 20 Uhr keinen hochprozentigen Alkohol mehr zu verkaufen – was gut läuft und zu keinen Umsatzeinbußen führte. Zu diesem Punkt interessierte die Forumsteilnehmenden, wie es gelungen war, die Betreiber der Geschäfte zu diesem Schritt zu bewegen. Man habe mit den Betreibern gesprochen, die selbst ein Interesse an einem ruhigen Verkauf hatten. In der

Zeitspanne zwischen der schwierigen Situation, in der sich Jugendliche in den Abendstunden mit Alkohol versorgt haben, und den Wochen danach sei der Umsatz bezogen auf die Abendstunden sogar um 40 Prozent gestiegen, da mehr Familien zum Einkaufen kamen.

Das Projekt „suPPOrddJu“ kooperiert mit anderen Projekten wie „HaLT“ oder „Stadt ohne Gewalt“ und bietet alkoholfreie Veranstaltungen für Jugendliche an. Die Möglichkeiten von Sozialarbeit werden dabei ebenso genutzt wie repressive Maßnahmen. Das Team verfolgt Straftaten und Ordnungswidrigkeiten konsequent, bei mehrfachem Verstoß gegen das Jugendschutzgesetz werden so genannte gaststättenrechtliche Tätigkeiten untersagt. Beschäftigungsverbote, Alkoholverbote und Platzverweise werden ausgesprochen. Die Jugendlichen können bei mehrfachen Auffälligkeiten ein dreimonatiges Aufenthaltsverbot bekommen. Dies Verbot treffe sie deshalb besonders, weil sie nicht mehr zu ihren Treffpunkten könnten. Die Maßnahmen werden aber immer je nach Einzelfall entschieden, betonte Regina Linda. Jede Situation ist anders und es gelte vor Ort zu entscheiden, was in der jeweiligen Situation hilfreich ist.

Ein Beispiel für den Erfolg des Einsatzes ist die Abi-Parade von 12 Schulen und 1500 Schülern/-innen. Sie war geprägt von Randalen, angetrunkenen Jugendlichen in der ganzen Stadt und Unfällen. Nach der Intervention im Rahmen von „suPPOrddJu“ lief die Parade organisiert ab, Alkohol war während der Parade verboten. Weiterer Erfolg: Die Städte und Gemeinden des Landkreises Marburg-Biedenkopf erstellten ein gemeinsames Konzept zum Jugendschutz und Festveranstaltungen.

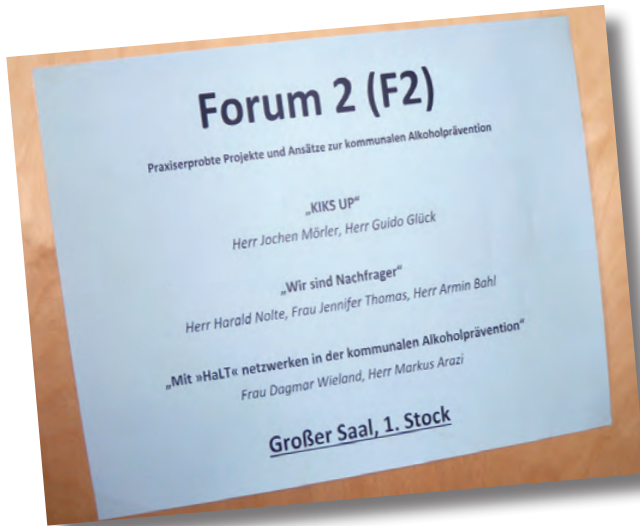
Als Ergebnis der Maßnahmen wird in Marburg weniger Alkohol getrunken, der Alkoholmissbrauch wird öffentlich diskutiert und Jugendliche sind dem Team gegenüber offener und sensibler für das Thema. Weiterhin hat sich das subjektive Gefühl von Sicherheit der Marburger/-innen verbessert, die Straftaten sind zurückgegangen und „circa 300 Kommunen haben bundesweit mit uns Kontakt aufgenommen.“

● Referentin

Regina Linda

Universitätsstadt Marburg, Fachbereichsleitung für Öffentliche Sicherheit, Ordnung und Brandschutz
Frauenbergstraße 35, 35035 Marburg
Tel: 0 64 21/2 01 - 2 94
E-Mail: ordnung@marburg-stadt.de

Praxiserprobte Projekte und Ansätze zur kommunalen Alkoholprävention



Im Forum 2 im großen Saal des Hauses am Dom in Frankfurt bekamen die Teilnehmenden drei praxiserprobte Projekte und Ansätze präsentiert. Unter der Leitung von Benjamin Wockenfuß von der Hessischen Landesstelle für Suchtfragen stellten Referenten/-innen das Präventionsprogramm „KIKS UP“ aus Bad Nauheim, die Kampagne „Wir sind Nachfrager“ im Werra-Meißner-Kreis sowie die Möglichkeiten, mit dem Projekt „HaLT“ im Main-Kinzig-Kreis zu netzwerken, vor. Das Interesse der Anwesenden an den Projekten war groß. Es gab einige Nachfragen und es entstanden Diskussionen. Beispielsweise zu der Frage, inwieweit sich Konzepte der Suchtprävention für Jugendliche wie im Projekt „Wir sind Nachfrager“ auf andere Zielgruppen übertragen lassen.



Guido Glück, Jochen Mörlert

„KIKS UP“ – Ein Präventionsprogramm das die Bereiche Sucht- und Gewaltprävention, Bewegungsförderung und Ernährungsbildung miteinander verbindet

Das Präventionsprogramm KIKS UP ist mehrfach ausgezeichnet worden und gehört bundesweit zu den Vorreitern der Strategie, Sucht- und Gewaltprävention, Bewegungsförderung und Ernährungsbildung miteinander zu verbinden. Das Kürzel KIKS UP steht für „Kinder in Kindertagesstätten, Schulen und Vereinen“, das Wort UP für positive Ziele, erläuterten Jürgen Mörlert vom Kinder- und Jugendbüro der Stadt Bad Nauheim sowie Guido Glück von der Fachstelle Suchtprävention für den Wetteraukreis, Zentrum für Jugendberatung und Suchthilfe.

Träger des ganzheitlichen Präventionsprogramms ist der gemeinnützige Förderverein SV Schwalheim KIKS UP, Jugend und Kultur. Koordiniert und geleitet wird das Programm, das 2004 ins Leben gerufen wurde, von einer Planungsrunde, die sich aus Vertretern/-innen der Fachstelle Suchtprävention für den Wetteraukreis, des Fachbereiches Soziales, Sport und Öffentliche Ordnung der Stadt Bad Nauheim, dem Förderverein SV Schwalheim und dem Institut für Sporternährung der Sportklinik Bad Nauheim zusammensetzt.

Um die einzelnen Punkte umzusetzen, ist ein interdisziplinäres Team im Einsatz sowie ein stetig wachsendes Netzwerk unterschiedlicher Partner. In



Jochen Mörlert (links) und Guido Glück

drei Bereichen werden Maßnahmen angeboten:

- Bewegungsförderung (KIKS UP Fit),
- Förderung der sozialen Kompetenz im Bereich der Sucht- und Gewaltprävention (KIKS UP Leben) und
- Ernährungsbildung und Genussstraining (KIKS UP Genuss)

Alle drei Angebote werden sowohl in Kindertagesstätten als auch in Schulen, Vereinen und allgemeinen

Bildungsstätten umgesetzt. KIKS UP richtet sich an Kinder und Jugendliche von 0 bis 12 Jahren aus allen sozialen Schichten und Bevölkerungsgruppen, aber auch an Eltern, Erzieher/-innen, Lehrkräfte, Gruppen- beziehungsweise Jugendleiter/-innen sowie Hebammen und Kinderkrankenschwestern. Alle Maßnahmen orientieren sich am Gedanken



der Salutogenese, die sich mit der Entstehung von Gesundheit befasst. Zum Teil entwickelte das Leitungsteam eigene Programme, zum Teil wurden bereits evaluierte Elemente der Sucht- und Gewaltprävention übernommen. Insgesamt fördert dieser ganzheitliche Ansatz den jeweiligen Spartenerfolg der Arbeitsschwerpunkte. Ziele sind, die Lebenskompetenz von Kindern und Jugendlichen zu stärken sowie die Erziehungskompetenz der beteiligten Personen zu fördern.

● KIKS UP in Kitas

Das evaluierte Sucht- und Gewaltpräventionsprogramm Papilio® kommt in den Kindertagesstätten zum Einsatz, es bezieht sowohl die Kinder als auch die Erzieher/-innen und die Eltern ein. Papilio® bietet den Grundrahmen der Präventionsarbeit in den Kitas.

Physio- und Ergotherapeuten/-innen entwickelten das Programm KIKS UP – Fit für Kindertagesstätten. Die pädagogischen Fachkräfte werden für das Programm geschult und können die Elemente selbstständig im Kita-Alltag durchführen. Elternerlebnisabende sorgen dafür, dass die Förderung der Bewegung in den Familienalltag übernommen wird.

SchmeXperimente® ist ein evaluiertes und von KIKS UP erweitertes Programm zur Ernährungsbildung und zum Genussstraining und wird von KIKS UP in Kitas genutzt.

● KIKS UP in Grundschulen

Für die Grundschulen wurde ein eigenes Präventionskonzept entwickelt: „KLASSE KLASSE“. Ein Konzept, mit dem erstmals ganzheitliche Prävention spielerisch in der Schule umgesetzt werden kann. Vermittelt werden Sucht- und Gewaltprävention ebenso wie Ernährung und die Förderung von Bewegung. Zu „KLASSE KLASSE“ gehört ein magnetisches Spielbrett, das für alle sichtbar in der Klasse aufgehängt wird. Über Bewegungskarten, Ereignisfelder und magnetische Elemente erwerben die Kinder spielerisch soziale und

emotionale Fähigkeiten. Alle Themen aus KLASSE KLASSE können zu Hause aufgegriffen werden. Anregungen hierzu finden Eltern in den eigens entwickelten Elternbriefen.

● Weitere Angebote und Schulungen

Toben und spielen oder im Freien picknicken – der KIKS UP-Waldspielplatz ermöglicht es, alle drei Themen des ganzheitlichen Präventionsprogramms umzusetzen. Erlebnispädagogen/-innen entwickelten speziell für den Waldspielplatz Geländespiele.

Im Rahmen von KIKS UP- familie.net arbeitet die Initiative mittlerweile mit über 40 Netzwerkpartnern zusammen, bestehend aus privaten, kommunalen, regionalen und freien Anbietern von Kursen für Kinder, Jugendliche und Erwachsene.

In der eigens gegründeten KIKS UP-Akademie werden die verschiedenen Programmbausteine multipliziert. Es finden sich Angebote für die Bereiche Bewegung, Ernährung sowie psychosoziale Gesundheit an Kitas und Schulen sowie in Vereinen oder im Elternhaus.



Fazit der Referenten: Kinder und Jugendliche, die in der von KIKS UP angestrebten Weise gefördert werden, haben die beste Voraussetzung, ein selbstbestimmtes, genussvolles, gesundes sowie sucht- und gewaltfreies Leben zu führen.

Kontakt zu KIKS UP:

Am Goldstein 9, 61231 Bad Nauheim,
Tel: 0 60 32/92 55 04-0, Weitere Informationen
im Internet: www.kiksup.de, www.klasse-klasse.com

● Referenten

Jochen Mörl

Stadt Bad Nauheim, Fachbereich Soziales,
Gesundheit, Kultur & Sport
Parkstraße 36-38, 61231 Bad Nauheim
Tel: 0 60 32/34 32 79
E-Mail: jochen.moerler@bad-nauheim.de

Guido Glück

Fachstelle Suchtprävention für den Wetteraukreis
Zentrum für Jugendberatung und Suchthilfe e.V.
Schützenrain 9, 61169 Friedberg
Tel: 0 60 31/7 21 00
E-Mail: zjswk-praevention@jj-ev.de

Harald Nolte, Jennifer Thomas, Armin Bahl

„Wir sind Nachfrager“ – Gütesiegel aktiver Kinder- und Jugendschutz



Armin Bahl (links), Jennifer Thomas und Harald Nolte

Die Aktion „Wir sind Nachfrager - 16/18 - Jugend-Alkoholprävention aktiv & engagiert gestalten“, ist bundesweit einmalig. Mit dieser Aktion fördern mehrere Partner im Werra-Meißner-Kreis einen verantwortlichen Umgang mit Alkohol und die Übernahme einer Vorbildfunktion für junge Menschen. Einzelhandel, Tankstellen, Gaststätten, Diskotheken, Festveranstalter und Vereine können freiwillig ein „Gütesiegel aktiver Kinder- und Jugendschutz“ beantragen und damit zeigen, dass ihnen der Jugendschutz wichtig ist. Wer das Gütesiegel haben möchte, muss bestimmte Kriterien erfüllen, erläuterten Harald Nolte und Jennifer Thomas von der Fachstelle für Suchtprävention des Diakonischen Werkes für den Werra-Meißner Kreis sowie Armin Bahl, Jugendförderung im Werra-Meißner-Kreis.

● Positives öffentliches Feedback

Interessenten/-innen für das Gütesiegel besorgen sich zum Beispiel im Internet oder bei der Kommune einen Antrag und wählen neben Pflichtkriterien eine angegebene Mindestzahl an weiteren Kriterien aus, zu deren Einhaltung sie sich freiwillig verpflichten. So müssen sie für das Gütesiegel eine/-n Jugendschutzbeauftragte/-n benennen, das Personal muss regelmäßig an Schulungen des Arbeitskreises Gütesiegel teilnehmen, es darf kein Alkohol an Betrunkene abgegeben werden und das Alter der Jugendlichen muss kontrolliert werden.

Daneben gibt es eine Reihe weiterer Kriterien, die auf Handel, Vereine, Festveranstaltungen und Gaststätten/Diskotheken abgestimmt sind. Nach einer Prüfung durch den Arbeitskreis wird das Gütesiegel verliehen. Bei Missachtung der Kriterien kann es jederzeit wieder entzogen werden. Die Gütesiegelpartner gewinnen ein positives Feedback in der Öffentlichkeit. Sie werden in der Presse und auf der Webseite www.wir-sind-nachfrager.de genannt und sind somit Teil einer guten Sache.

Mittlerweile beteiligen sich 35 Gütesiegelpartner an der Aktion, die Mitte 2012 mit einer Idee und der Gründung des Arbeitskreises Gütesiegel begann. Im November 2013 fand die Auftaktveranstaltung mit dem Landrat als Schirmherrn und erstem Gütesiegelpartner statt. Entwickelt hat die Kampagne eine Arbeitsgruppe aus Ortsjugendförderung, Kreisjugendförderung und der Fachstelle für Suchtprävention. Weitere Partner sind die Städte und Kommunen im Werra-Meißner-Kreis, Sponsoren und eine Werbeagentur, „so dass wir mit diesem Projekt eine breit angelegte dauerhafte Gemeinschaftsinitiative zur Alkoholprävention starten“, erläuterten die Referenten. Finanziert wird die Kampagne, die drei Cent pro Einwohner/-in kostet,



unter anderem von der AOK, der Sparkasse Werra-Meißner, dem Hessischen Ministerium für Soziales und Integration, dem Kreis und den Kommunen.

● Ideen und Ressourcen bündeln

Die Kampagne „Wir sind Nachfrager“ versteht sich als breit angelegte und kontinuierliche Gemeinschaftsaktion zur Alkoholprävention auf Kreis- und kommunaler Ebene. Sie setzt Impulse, um Kinder und Jugendliche vor gesundheitlichen Risiken und Alkoholmissbrauch zu schützen. Die Kampagne bündelt Ideen und Ressourcen und stärkt somit die Partner im Netzwerk. Die Aktion lebt davon, dass möglichst viele Partner aktiv und engagiert im Netzwerk mitarbeiten.

Weitere Infos im Internet: www.wir-sind-nachfrager.de

● Referenten

Harald Nolte, Jennifer Thomas

Fachstelle Suchtprävention, Diakonisches Werk
HaLT-Projekt

Leuchtbergstraße 10b, 37269 Eschwege

Tel. 0 56 51/339-42 96

E-Mail: suchtpraevention@t-online.de

E-Mail: suchthilfe-thomas@deswi.de

Armin Bahl

Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz,

Jugendförderung Werra-Meißner-Kreis

Schlossplatz 1, 37269 Eschwege

Tel: 0 56 51/3 02 - 14 52

E-Mail: Armin.Bahl@Werra-Meissner-Kreis.de



Dagmar Wieland

Mit „HaLT“ netzwerken in der kommunalen Alkoholprävention

Mit einem Foto von der HaLT-Auftaktveranstaltung im Main-Kinzig-Kreis stieg Dagmar Wieland von der Fachstelle für Suchtprävention der AWO in ihren Vortrag ein. Das Foto zeigte sie als HaLT Koordinatorin für den proaktiven Baustein der Fachstelle für Suchtprävention sowie Marcus Arazi, HaLT Koordinator für den proaktiven Baustein vom Jugendamt des Kreises. Ihr Referat stellte die Frage des Netzwerkens im Rahmen des HaLT Projekts in den Vordergrund.

HaLT ist ein Alkoholpräventionsprojekt mit einem reaktiven und einem proaktiven Baustein. Im reaktiven Baustein wendet sich das Projekt an Jugendliche zwischen 12 und 18 Jahren, die mit einer Alkoholvergiftung in ein Krankenhaus eingeliefert worden sind. Die Eltern werden einbezogen, geschulte Beratungskräfte kooperieren mit Kliniken und Rettungsdiensten und nehmen Kontakt zu den Betroffenen auf, wenn diese damit einverstanden sind. Durch diesen Baustein verringerte sich nachweislich die Zahl der wiederholten Alkoholvergiftungen.

Im proaktiven Baustein stehen Präventionsstrategien und Vorbildfunktionen in der Kommune im Vordergrund. Ziel des proaktiven Bausteins ist, den Jugendschutz in den beteiligten Regionen zu stärken und komatöses Trinken möglichst schon im Vorfeld zu verhindern. Der Main-Kinzig-Kreis



Dagmar Wieland, Main-Kinzig-Kreis

legt den Schwerpunkt darauf, den Jugendlichen Risikokompetenzen zu vermitteln und eine positive Fest- und Feierkultur im Rahmen einer Gesamtstrategie zu entwickeln.

Dieses Vorhaben wird von den Dezernenten und dem Bürgermeister unterstützt. Dagmar Wieland schilderte, dass HaLT beispielsweise in einer Dienstversammlung

der Bürgermeister vorgestellt wurde. Zu weiteren Unterstützern gehören die Ordnungsämter. Die Polizei, die Rettungsdienste und Kliniken sind beteiligt. Schulumt und Schulen, aber auch die Jugendarbeit sowie die Kirchen und die Vereine, hier besonders die Feuerwehr, gehören zu denen, die HaLT unterstützen.

● Lokale Strategie der Alkoholprävention

Damit das Präventionsprojekt erfolgreich sein konnte, mussten einige Bedingungen erfüllt sein. So existierte eine von Entscheidungsträgern (Sozialdezernenten und den Bürgermeistern) getragene und beschlossene lokale Strategie zur Alkoholprävention. Der Jugendschutz muss umgesetzt und dessen Umsetzung kontrolliert werden. Mit der Polizei und den Ordnungsbehörden gibt es Absprachen, die die jeweiligen Realitäten und Gegebenheiten vor Ort berücksichtigen. Anlässlich von Volksfesten und Abiturfeiern fanden Sicherheitsgespräche statt, denen eine gute fachliche Zusammenarbeit auf der operativen Ebene folgte. Der hohe Bekanntheitsgrad der beiden Akteure von HaLT, Marcus Arazi und Dagmar Wieland, erleichterte die Zusammenarbeit mit den Netzwerkpartnern.

Erleichtert wird das Gelingen von Netzwerkarbeit durch Gestaltungsfreiheit in der Arbeit und das Vertrauen des jeweiligen Arbeitsgebers. So ist für Treffen der Netzwerkpartner kein Antrag bei dem jeweiligen Vorgesetzten notwendig, die Aufnahme eines Kontakts zu hierarchisch höherstehenden Personen kann ohne großen Dienstweg erfolgen. Auch Öffentlichkeitsarbeit und Finanzangelegenheiten betreffend herrscht eine gewisse Autonomie.

Netzwerken gelingt besser, wenn der Gewinn aus der Arbeit für die kommunale Präventionsstrategie deutlich wird. Nachweisbar und belegt ist der Effekt von weniger Wiederholungen bei den Alkoholvergiftungen. Eine Verbesserung der Risikokompetenz der Jugendlichen ist eine positive Folge des Projekts. Denn Ziel der Arbeit ist nicht die Abstinenz, sondern einen verantwortungsbewussten Umgang mit Alkohol zu fördern.

Die präventiven Maßnahmen fördern eine angenehmere Fest- und Feierkultur, es entsteht weniger Sachschaden. Langfristig entstehen geringere Kosten im Bereich Gesundheit sowie für den Einsatz und die Finanzierung von Security-Kräften.

Wenn politisch Verantwortliche Stellung beziehen und sich positionieren und die Vereine bei der Gestaltung ihrer Jugendarbeit den Jugendschutz berücksichtigen, hat das auch positive Auswirkungen auf die Elternarbeit. Es stärkt die Eltern in ihrer Vorbildfunktion und ihrer Erziehungskompetenz.

● Referentin

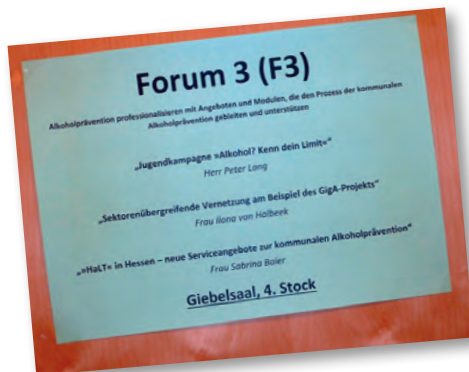
Dagmar Wieland

HaLT Koordinatorin proaktiv
Fachstelle für Suchtprävention der AWO
Berliner Straße 45
63571 Gelnhausen
Tel: 0 60 51/91 55 88 - 4
E-Mail: wieland.awo-praevention@ecos.net



Alkoholprävention professionalisieren

mit Angeboten und Modulen, die den Prozess der kommunalen Alkoholprävention begleiten und unterstützen



Auch in diesem Forum stellten drei Referenten/-innen Angebote zur Suchtprävention vor „mit denen Kommunen in der Suchtprävention unterstützt werden“, so der Leiter des Forums, Wolfgang Schmidt-Rosengarten, Geschäftsführer der Hessischen Landesstelle für Suchtfragen (HLS). Dazu gehören die Jugendkampagne „Alkohol? Kenn dein Limit.“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung, die Erfahrungen des Kreises Heinsberg mit dem Modellprojekt Giga sowie ein neues Serviceangebot der Hessischen Landesstelle für Suchtfragen zur kommunalen Alkoholprävention. Letzteres erlebte zudem bei dieser Tagung seine Premiere. Der Giebelsaal unter dem Dach des Hauses am Dom war gut gefüllt und die Teilnehmenden hörten konzentriert zu.



Peter Lang

BZgA-Jugendkampagne „Alkohol? Kenn dein Limit.“: Möglichkeiten der Unterstützung kommunaler Alkoholprävention

Seit 2009 entwickelt die Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA) mit der Jugendkampagne „Alkohol? Kenn dein Limit.“ eine Mehr-Ebenen-Strategie mit verschiedenen Angeboten und Modulen. Sie haben auch das Ziel, Akteure vor Ort zu stärken und zu unterstützen. Peter Lang, Abteilungsleiter in der BZgA, stellte das Konzept der Kampagne, die Ziele sowie Projekte und Maßnahmen für die Handlungsfelder Kommunen und Schulen vor. Finanziell unterstützt wird die Durchführung der Kampagne „Alkohol? Kenn dein Limit.“ vom Verband der Privaten Krankenversicherung e.V. (PKV).

Oberstes Ziel der Jugendkampagne ist der Rückgang des regelmäßigen ebenso wie des riskanten Alkoholkonsums. Das Wissen über Gesundheitsgefahren und Risiken des Alkoholkonsums zu steigern und die kritische Einstellung gegenüber Alkohol zu fördern sind weitere Teilziele. Erreicht werden diese Ziele mit Hilfe einer crossmedialen Interventionstrategie. Sie umfasst sowohl massenmediale Maßnahmen wie Kinospot- und Anzeigenschaltungen, beinhaltet Angebote im Internet und den Sozialen Netzwerken, berücksichtigt aber auch die persönliche Ansprache der Zielgruppe. Ein besonderer Fokus liegt auf kommunalen Ansätzen und Kooperationsstrategien, denn Suchtprävention findet zum großen Teil „vor Ort“ statt – in den Lebenswelten der Menschen.



Peter Lang, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung

Der Referent stellte verschiedene Maßnahmenbereiche der Kampagne vor:

- den „Bundeswettbewerb Alkoholprävention“ und der Bundeswettbewerb zu vorbildlichen Strategien kommunaler Suchtprävention
- die Länderkooperationen mit Fachkonferenzen zum Thema „Kommunale Alkoholprävention“
- das Projekt „Gemeinsam initiativ gegen Alkoholmissbrauch im Kindes- und Jugendalter (Giga)“
- die Peer-Educators
- das Eventareal „Kenn dein Limit“ auf den Festivals des Sports

- die JugendFilmTage „Nikotin und Alkohol – Alltagsdrogen im Visier“
- den KlarSicht-MitmachParcours
- sowie eine gerade entwickelte didaktische DVD für Schulen.

Mit dem „Bundeswettbewerb Alkoholprävention“ will die BZgA Best-Practice-Beispiele und innovative Projekte identifizieren. Der Schwerpunkt des Wettbewerbs 2012/2013 lag auf kommunalen Einrichtungen, insgesamt sind rund 150 Beiträge eingereicht worden. In der Wettbewerbsrunde 2015/16 sollen Länder und Kommunen noch stärker in den Wettbewerb eingebunden werden (www.bundeswettbewerb-alkoholpraevention.de).

Der Bundeswettbewerb „Vorbildliche Strategien kommunaler Suchtprävention“ hat 2012/2013 bereits zum sechsten Mal stattgefunden – diesmal zum Thema „Alkoholprävention im öffentlichen Raum“. Ziel des Wettbewerbs ist es, erfolgreiche kommunale Aktivitäten zu erfassen, bekannt zu machen und zur Nachahmung zu empfehlen (www.kommunale-suchtpraevention.de).

Das Ziel der Zusammenarbeit und der Vernetzung von Maßnahmen und Projekten steht auch bei der Ausrichtung von Fachkonferenzen zum Thema „Kommunale Alkoholprävention“ in Kooperation mit den Bundesländern im Vordergrund. So auch bei der Konferenz der HLS in Frankfurt. Diese Konferenzen befassen sich mit den länderspezifischen Herausforderungen und Lösungsstrategien kommunaler Alkoholprävention.

Zu den Interventionen im Bereich der Kommunen gehört das dreijährige Modellprojekt GigA, das in sechs Kommunen in Nordrhein-Westfalen einen modellhaften Aufbau vernetzter Prävention ermöglicht (siehe dazu auch S. 15 und S. 30). Die Evaluation sowie ein Handbuch sind derzeit (Frühjahr 2014) in Arbeit (www.gemeinsaminitiativ.de).

Die Peer-Educators sind eine wichtige Säule zur direkten Kommunikation mit der Zielgruppe im Rahmen der Kampagne „Alkohol? Kenn dein Limit.“ Sie ermöglichen die Ansprache der Zielgruppe vor Ort und auf Augenhöhe. 138 Jugendliche sind von 2009 bis 2013 als Peers geschult worden. Sie erreichten bei 1500 bundesweiten Einsätzen auf Musik- oder Sportfestivals, in Innenstädten oder Ferienorten etwa 140 000 Jugendliche. Die jugendlichen Peers reden mit anderen Jugendlichen und sensibilisieren sie für die Risiken und Wirkungen von Alkohol. Im August 2014 starteten erste Einsätze für die neue Peer-Saison 2014/2015. Das Wissen zum Thema Peers „wollen wir an Sie weiter-

geben“, sagte Lang und wies auf ein Handbuch hin, das dazu erarbeitet wird.

Die Peer-Educators kommen auch auf dem Eventareal „Kenn dein Limit.“ zum Einsatz. Das Eventareal wurde zunächst für die Festivals des Sport entwickelt, die in Kooperation mit dem Deutschen Olympischen Sportbund stattfinden. Ein Rauschbrillen-Parcours, eine Kletterwand oder eine Alkoholfrei-Bar sind einige der Angebote dieses Eventareals, mit denen seit 2010 rund 180 000 Jugendliche erreicht wurden.

Ein weiterer Schwerpunkt der Kampagne „Alkohol? Kenn dein Limit.“ konzentriert sich auf Maßnahmen zur Alkoholprävention im schulischen Bereich. Der Referent legte den Zuhörenden die JugendFilmTage „Nikotin und Alkohol – Alltagsdrogen im Visier“ ans Herz, mit denen Schulklassen in Kooperation mit kommunalen Einrichtungen der Suchtprävention in Kinos vor dem Hintergrund themenbezogener Kinofilme eine kritische Haltung zu Nikotin und Alkohol vermittelt werden soll. Die JugendFilmTage erreichten seit dem Start im Jahr 2004 in 126 regionalen Veranstaltungen mehr als 145 000 Schüler/-innen sowie fast 10 000 Lehrkräfte.

Der KlarSicht-MitmachParcours ist ein weiteres interaktives Angebot für Jugendliche ab 12 Jahren. Er wird für Schulklassen angeboten. An sieben Stationen bieten geschulte Moderatoren/-innen Informationen und Diskussionsmöglichkeiten an. Der MitmachParcours ist mittlerweile in einer Koffer-Version verfügbar. Mit dem KlarSicht-Koffer können Suchtpräventionsfachkräfte oder Lehrkräfte eigenständig Veranstaltungen in Schulen und Jugendarbeit durchführen. Dieser Koffer kann für 400 Euro erworben werden, für den Einsatz der Materialien ist eine Schulung notwendig (www.klarsicht.bzga.de).

Ganz aktuell hat die BZgA eine DVD zum Thema Alkohol fertiggestellt. Sie enthält unter anderem einen Kurzspielfilm sowie umfangreiches didaktisches Material für den Einsatz in der Schule und in der Jugendarbeit. Damit kann das Thema Alkoholprävention interaktiv in unterschiedlichen Lehrfächern eingebunden werden. (Die didaktische DVD ist zu bestellen über: www.bzga.de.)

● Referent

Peter Lang

Abteilungsleiter themen- und zielgruppenspezifische gesundheitliche Aufklärung, Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)
Ostmerheimer Straße 200, 51109 Köln
Tel: 02 21/89 92-364, E-Mail: peter.lang@bzga.de

Ilona van Halbeek

Sektorenübergreifende Vernetzung am Beispiel des GigA-Projekts – gemeinsam initiativ gegen Alkoholmissbrauch bei Jugendlichen

Der Kreis Heinsberg in Nordrhein-Westfalen hat rund 247 800 Einwohner in zehn Kommunen, er liegt in der Nähe der niederländischen Grenze. Diese Ausgangsposition schilderte Ilona van Halbeek, Fachkraft für Suchtvorbeugung im Gesundheitsamt des Kreises Heinsberg, den Zuhörenden im Giebelsaal. Der Kreis nahm als einer von sechs Modellstandorten in NRW am Modellprojekt GigA – „Gemeinsam initiativ gegen Alkoholmissbrauch bei Jugendlichen“ der Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung teil. Beginn des Projekts war im März 2011.

Ziele des Modellprojekts waren unter anderem:

- die vorhandenen Ansätze zur Alkoholprävention zu unterstützen sowie neue Maßnahmen anzuregen
- die Zusammenarbeit der verschiedenen Akteure zu fördern
- den Transfer von Know-how bezüglich erfolgreicher Maßnahmen zu ermöglichen
- eine adäquate Struktur zur Prävention des Alkoholmissbrauchs auf Grundlage des „NBQM - Netzwerkbezogenes Qualitätsmanagement“ durch ein Lenkungsgremium zu errichten
- ein langfristig angelegtes Konzept für die Alkoholprävention bei Kindern und Jugendlichen zu erstellen.

Im Kreis Heinsberg bestand bereits seit über 30 Jahren eine gute und kooperative Zusammenarbeit zwischen einzelnen Akteuren aus den Bereichen Jugendamt, Ordnungsamt, Polizei, Schule und Gesundheitsamt. Im Rahmen des Projekts entstand ein Lenkungsgremium, dem Vertreter/-innen aus den oben genannten Bereichen angehörten, die Schulen wurden über Schulräte und Beratungslehrkräfte einbezogen. Das Lenkungsgremium erstellte eine Geschäftsordnung, die die jeweils zuständigen Dezernenten unterzeichneten. Die Lenkungsgruppe hat die Aufgabe, Aktivitäten zur Alkoholprävention vorzudenken, zu dokumentieren und für die Öffentlichkeit transparent darzustellen sowie die erforderlichen Netzwerkstrukturen zu entwickeln, um die Projekte umzusetzen.

Die Lenkungsgruppe GigA hat im Kreis Heinsberg zunächst eine Netzwerkkarte erstellt, in dem alle bislang bestehenden Kooperationen sowie Projekte zur



Ilona van Halbeek, Gesundheitsamt des Kreises Heinsberg

Alkoholprävention aufgelistet wurden. Wer kooperiert bereits mit wem? Wo sind die Verbindungen besonders gut? Mit Hilfe des NBQM – des vom Landschaftsverband Rheinland entwickelten Konzepts zum Netzwerkmanagement – bewerteten die zentralen Akteure vor Ort die vorhandene Qualität der Zusammenarbeit und ermittelten notwendige Schritte zur Veränderung.

● Peer-Projekt für weiterführende Schulen

Auch wenn das GigA-Projekt in erster Linie ein Netzwerk-Projekt ist, sind auch konkrete Maßnahmen der Prävention damit verbunden. Im Kreis Heinsberg realisierte man ein Peer-Projekt für die weiterführenden Schulen, zunächst als Modell an fünf Schulen. Schülermultiplikatoren/-innen der achten Klassen sollten über einen längeren Zeitraum suchtpreventive Informationen vermitteln und zugleich aktive Meinungsbildner gegenüber Jüngeren sein. Die Peers setzen sich in einem Seminar mit dem eigenen Konsumverhalten, der Entstehung von Sucht sowie der Wirkungsweise von Alkohol auseinander. Die Schülermultiplikatoren/-innen lernten unterschiedliche interaktive Methoden zur Alkoholprävention kennen, die sie später weiter vermittelten.

● Plakatwettbewerb für Jugendliche

Die erste GigA- Befragung hatte gezeigt, dass bestehende Maßnahmen der Alkoholprävention sowie

Kampagnen sowohl bei Erwachsenen als auch bei Jugendlichen weitgehend unbekannt waren. Deshalb sollten Jugendliche selbst ein neues Plakatmotiv für die Kampagne entwickeln, ausgehend von der seit Jahren bestehenden Anti-Alkoholkampagne „Weniger Alkohol“ der AG Jugendschutz. Ziel war, in der Öffentlichkeit für einen angemessenen und verantwortungsvollen Umgang mit Alkohol zu werben und dies durch positiv gestaltete Bildelemente zu vermitteln. Insgesamt entstanden so 27 Plakate zum Thema Alkoholmissbrauch. Das Siegerplakat wurde durch eine Jury ausgewählt und großflächig im Kreis Heinsberg plakatiert.

● Fazit des Modellprojekts

Das netzwerkbezogene Qualitätsmanagement bietet die Möglichkeit, die kommunale Vernetzung zur Prävention des Alkoholmissbrauchs systematisch zu entwickeln sowie Hemmnisse für Kooperation und Koordination zu identifizieren und abzubauen. Durch das Bundesmodellprojekt „Giga“ wurde die bestehende Netzwerkarbeit in der Alkoholprävention im Kreis Heinsberg überprüft, verbessert und intensiviert.

Schwachstellen wurden erkannt und die institutionsübergreifende Zusammenarbeit verstärkt. Deutlich wurde, wie wichtig klare Strukturen und inhaltliche Abgrenzungen der einzelnen Arbeitsbereiche und Professionen sind. Die Arbeit braucht einen Konsens auf höchster Ebene sowie einen beständigen Rückhalt aus Politik und Verwaltung. Strategische Gesamtentscheidungen zur Alkoholprävention benötigen die Zustimmung aller beteiligten Städte und Kommunen. Insofern muss ein ausreichend legitimierte Gremium die übergreifenden Lenkungs- und Koordinationsaufgaben steuern.

● Referentin

Ilona van Halbeek

Fachkraft für Suchtvorbeugung
Gesundheitsamt des Kreises Heinsberg
Suchtberatungsstelle
Valkenburger Straße 45, 52525 Heinsberg
Tel: 0 24 52/13 53 24
E-Mail: ilona.vanhalbeek@kreis-heinsberg.de



Sabrina Baier

Neues Serviceangebot der HLS zur kommunalen Suchtprävention

Ein neues Serviceangebot zur Förderung einer lokalen Alkoholprävention in hessischen Kommunen stellte Sabrina Baier, Projektleiterin „HaLT - Hart am Limit“ bei der HLS, auf der Tagung vor. Ein Angebot, das bei den Anwesenden auf Interesse stieß und als sinnvoll erachtet wurde. Hessische Kommunen, die wahrnehmbare Probleme im Umgang mit risikant trinkenden Personen sowie Folgeschäden im öffentlichen Raum durch übermäßigen Alkoholkonsum haben, können sich an die Hessische Landesstelle für Suchtfragen wenden. Gemeinsam wird dann ein passgenaues Gesamtkonzept für die jeweilige Kommune erarbeitet, erläuterte Sabrina Baier, die auch Ansprechpartnerin für diesen Service ist. Für die Kommune ist die Leistung kostenlos, das Angebot wird aus Mitteln des Hessischen Ministeriums für Soziales und Integration finanziert.

Zu Beginn wird in der interessierten Kommune eine Bestandsaufnahme gemacht, zu der auch eine erste Ursachenanalyse gehört. Danach wird gemeinsam mit politisch Verantwortlichen, Amtsleitungen und lokalen



Sabrina Baier, Hessische Landesstelle für Suchtfragen

Akteuren ein Katalog von Maßnahmen entwickelt. Anschließend legt die Kommune die Prioritäten fest und setzt die Maßnahmen um. Auch für Evaluation der Umsetzung steht die HLS den Kommunen auf Wunsch zur Seite.



● Auswirkungen von Alkoholkonsum

Die HLS hat das Konzept entwickelt, weil die negativen Auswirkungen von übermäßigem Alkoholkonsum mittlerweile überall sichtbar sind. Alkohol wird in der Öffentlichkeit getrunken und stellt die Kommunen vor Probleme. Sei es, dass es zu Lärm kommt oder zu Gewalt und Vandalismus. Eltern müssen ihre Kinder aus der Notfallambulanz

abholen, weil sie mit einer Alkoholvergiftung ins Krankenhaus gekommen sind. Um diesen Problemen zu begegnen und eine effektive Prävention zu entwickeln, müssen Kommunen mit unterschiedlichen Akteuren zusammenarbeiten, die von der Thematik betroffen sind. Von der Suchtprävention über den Jugendschutz und die Ordnungsbehörden bis hin zur Gastronomie und vielen anderen Stellen.

Wissenschaftliche Untersuchungen zeigen, dass Aktivitäten in der Prävention, die vernetzt und systematisch sind, die Wirksamkeit von einzelnen Maßnahmen in Kommunen erheblich steigern können. Mit dem HLS-Angebot sollen Kommunen unterstützt werden, ihre Ressourcen effektiv einzusetzen. Denn Alkoholprävention hat immer eine lokale Komponente. Regionen und Kommunen haben ihre eigene Tradition und ihre eigenen Feste, bei denen Alkohol getrunken

wird. Der Jugendschutz wird unterschiedlich gehandhabt. Wenn die Alkoholprävention effektiv sein soll, muss sie diese regionalen Gegebenheiten berücksichtigen. Zwar gibt es in vielen Kommunen bereits Angebote, doch sie überschneiden sich oft oder die verschiedenen Beteiligten handeln, ohne sich abzusprechen und sich gegenseitig zu informieren. Hier hilft der neue Service den Kommunen, die Wirksamkeit vorhandener Maßnahmen gemeinsam mit den lokalen Akteuren zu verstärken.

● Nutzen für die Kommunen

Die Städte und Gemeinden ziehen aus einem gelingenden Gesamtkonzept zur Alkoholprävention auch ihren Nutzen. Mit der Abnahme von Vandalismus und Vermüllung wird auch Geld gespart, das an anderer Stelle eingesetzt werden kann. Die sichtbaren Veränderungen sorgen für eine positive Resonanz in der Öffentlichkeit und regen dazu an, sie nachzuahmen. Durch die Kooperationen entstehen Synergien, die auf andere Bereiche der Kommune ausstrahlen können. Außerdem ist jede Person ein Erfolg, die gesundheitsbewusster mit Alkohol umgeht.

● Referentin

Sabrina Baier

Projektleiterin HaLT, Hessische Landesstelle für Suchtfragen
Zimmerweg 10, 60325 Frankfurt am Main
Tel: 0 69/71 37 67 77, E-Mail: sb@hls-online.org
Sabrina Baier ist auch Ansprechpartnerin für das neue Projekt der HLS.



Kabbaratz

„Hat jemand in der Pause was getrunken?“

„Heute und hier besteht Handlungsbedarf“, stellten Evelyn Wendler und Peter Hoffmann, die beiden Akteure des Kabarett Kabbaratz „unmissverständlich“ fest, nachdem sie auf die Bühne des Hauses am Dom gestürmt waren. Aus ihrem eigenen Blickwinkel betrachteten die beiden bei ihren drei Auftritten das Thema Suchtprävention. Mit Sätzen wie

„Jugendschutz? Aufgabe ist es, uns Erwachsene vor den Jugendlichen zu schützen“ oder der Feststellung: „Die Probleme wachsen sich aus – die Jugendlichen bleiben ja nicht Jugendliche!“ ernteten sie viele Lacher für ihre Sichtweise der Dinge. Die beiden nahmen das Thema auf die kabarettistische Schippe, doch dies stets mit Hintersinn und Eigensinn.



„In meiner Jugend wurde anders, zivilisierter getrunken.“

Während er kein so rechtes Verständnis aufzubringen

vermochte für die Jugendlichen und die moderne Prävention, mimte sie die Verständnisvolle. Schließlich wollte man den Jugendlichen helfen, meinte sie zu seiner Aussage, dass zu seiner Zeit noch anders, nämlich zivilisiert getrunken worden sei.

Wenn Kabbaratz Themen wie „Reden, Vernetzen, Dokumentieren“ humoristisch betrachtete, so stimmten so manche lachend zu. Selbst die Frage: „Hat jemand in der Pause was getrunken“ nach der Mittagspause sorgte für Heiterkeit. Alkohol, ein Nervengift – sagte Evelyn Wendler. Nun ja, meinte er, „es ist nicht immer der Alkohol, der auf die Nerven geht“ – womit Peter Hoffmann augenscheinlich den Nerv vieler Zuschauer/-innen getroffen hatte. Kein Wunder also, dass ein Teilnehmer zum Ende hin meinte: „Ach, wenn die nochmal auftreten, dann fahr ich



„Heute und hier besteht Handlungsbedarf!“ Sicher. „Bis zur Mittagspause gibt es keine Pause mehr.“

eine Bahn später“ und sitzenblieb.

Kabbaratz verabschiedete sich mit der Aufforderung, doch dankbar zu sein. Wofür? Nun, „erstens, dass diese Fachkonferenz bald zu Ende ist. Zweitens, dass niemand mehr Jugendlicher ist. Drittens, dass es diese Jugendlichen gibt.“

Viel Beifall und sogar ein oder zwei Bravo-Rufe waren der Lohn für die pointierten Witze der beiden. Da blieb auch Moderatorin Regina Sahl nur, für so viel kabarettistische Würze ein Dankeschön zu sagen.



„Pragmatismus ist Kapitulation vor der Wirklichkeit.“



Ein Dankeschön von Moderatorin Regina Sahl für die kabarettistische Würze.



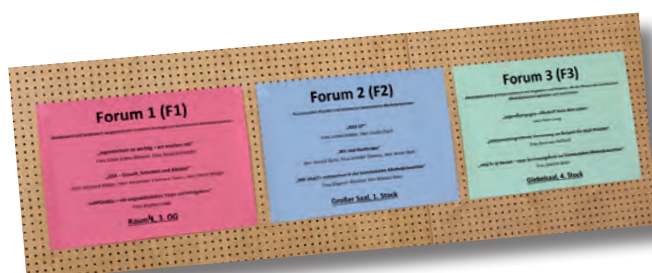
Begegnungen und angeregte Gespräche in der Kaffeepause



Das Haus am Dom in Frankfurt bot ein angenehmes Ambiente für die Fachtagung



Mittagspause im Haus am Dom



Sie leiteten die Foren: (von links) Benjamin Wockenfuß, Wolfgang Schmidt-Rosengarten, Daniela Senger-Hoffmann



Ein Dank zum Ende der Konferenz

„Sie haben sicher viele Anregungen bekommen“, resümierte Moderatorin Regina Sahl am Ende der Fachkonferenz. Ihr Fazit: Alkoholprävention müsse systematisch in den Kommunen im Netzwerk umgesetzt werden. Notwendig sei eine Kombination von verhaltens- und verhältnispräventiven Maßnahmen. Sie dankte nochmals allen, die zum Gelingen der Fachkonferenz beigetragen haben.



Armin Bahl

Erzieherischer Kinder- und Jugendschutz
Jugendförderung Werra-Meißner-Kreis
Schlossplatz 1
37269 Eschwege
Tel: 0 56 51/3 02 - 14 52
E-Mail: Armin.Bahl@Werra-Meissner-Kreis.de

Sabrina Baier

Projektleiterin HaLT
Hessische Landesstelle für Suchtfragen
Zimmerweg 10
60325 Frankfurt am Main
Tel: 0 69/71 37 67 77
E-Mail: sb@hls-online.org

Dr. Anneke Bühler

IFT Institut für Therapieforschung
Parzivalstraße 25
80804 München
Tel: 0 89/36 08 04 - 83
E-Mail: buehler@ift.de

Alexander Carrasco Torres

Lernstubb Michelstadt/Schule am Sportpark
Am Drachenfeld 2
64711 Erbach
Tel: 0 60 62/95 55 89 - 19
E-Mail: alcato@gmx.de

Guido Glück

Fachstelle Suchtprävention
für den Wetteraukreis
Zentrum für Jugendberatung
und Suchthilfe e.V.
Schützenrain 9
61169 Friedberg
Tel: 0 60 31/7 21 00
E-Mail: zjswk-praevention@jj-ev.de

Dr. Hans-Jürgen Hallmann

Projektleiter GigA
Landeskoordinierungsstelle
für Suchtvorbeugung NRW
ginko - Stiftung für Prävention
Kaiserstraße 90
45468 Mülheim an der Ruhr
Tel: 02 08/3 00 69 - 41
E-Mail: j.hallmann@ginko-stiftung.de

Matthias Haug

Landratsamt Karlsruhe
Amt für Grundsatz und Soziales
Suchtbeauftragter des Landkreises
Wolfartsweiler Straße 5
76131 Karlsruhe
Tel: 07 21/9 36 - 77 16
E-Mail: matthias.haug@landratsamt-karlsruhe.de

Peter Lang

Abteilungsleiter themen- und zielgruppen-
spezifische gesundheitliche Aufklärung
Bundeszentrale für gesundheitliche Aufklärung (BZgA)
Ostmerheimer Straße 220
51109 Köln
Tel: 02 21/89 92-364
E-Mail: peter.lang@bzga.de

Regina Linda

Universitätsstadt Marburg
Fachbereichsleitung für Öffentliche Sicherheit,
Ordnung und Brandschutz
Frauenbergstraße 35
35035 Marburg
Tel.: 0 64 21/2 01 - 2 94
E-Mail: ordnung@marburg-stadt.de

Jochen Mörl

Stadt Bad Nauheim, Fachbereich Soziales,
Gesundheit, Kultur & Sport
Parkstraße 36-38
61231 Bad Nauheim
Tel: 0 60 32/34 32 79
E-Mail: jochen.moerler@bad-nauheim.de

Gerhard Müller

Magistrat der Stadt Erbach, Jugendsozialarbeit
Neckarstraße 3
64711 Erbach
Tel: 0 60 62/80 93 26
E-Mail: Jugendarbeit@erbach.de

Harald Nolte

Fachstelle Suchtprävention
Diakonisches Werk
HaLT-Projekt
Leuchtbergstraße 10b, 37269 Eschwege
Tel: 0 56 51/339-42 96
E-Mail: suchtpraevention@t-online.de

Silvia Scheu-Menzer

Gemeinde Hünfelden
Bürgermeisterin
Le Thillay-Platz
65597 Hünfelden
Tel: 0 64 38/8 38-20
E-Mail: buergermeisterin@huenfelden.de

Sonja Schneider

Fachstelle Suchtprävention für den Landkreis
Limburg-Weilburg der Jugend- und
Drogenberatung Limburg e.V.
Konrad-Kurzbald-Straße 3
65549 Limburg/Lahn
Tel: 0 64 31/2 21 63-53
E-Mail: sonja.schneider@judro-limburg.de

Jennifer Thomas

Fachstelle Suchtprävention, Diakonisches Werk
HaLT-Projekt
Leuchtbergstraße 10b
37269 Eschwege
Tel: 0 56 51/3 39-42 96
E-Mail: suchthilfe-thomas@deswi.de

Horst Weigel

Fachstelle Suchtprävention im
Suchthilfezentrum Odenwald des DRK
Untere Seewiese 11

64711 Erbach
Tel: 0 60 6/6 07 75
E-Mail: suchtvorbeugung@drk-odenwaldkreis.de

Ilona van Halbeek

Fachkraft für Suchtvorbeugung
Gesundheitsamt des Kreises Heinsberg
Suchtberatungsstelle
Valkenburger Straße 45
52525 Heinsberg
Tel: 0 24 52/13 53 24
E-Mail: ilona.vanhalbeek@kreis-heinsberg.de

Volker Weyel

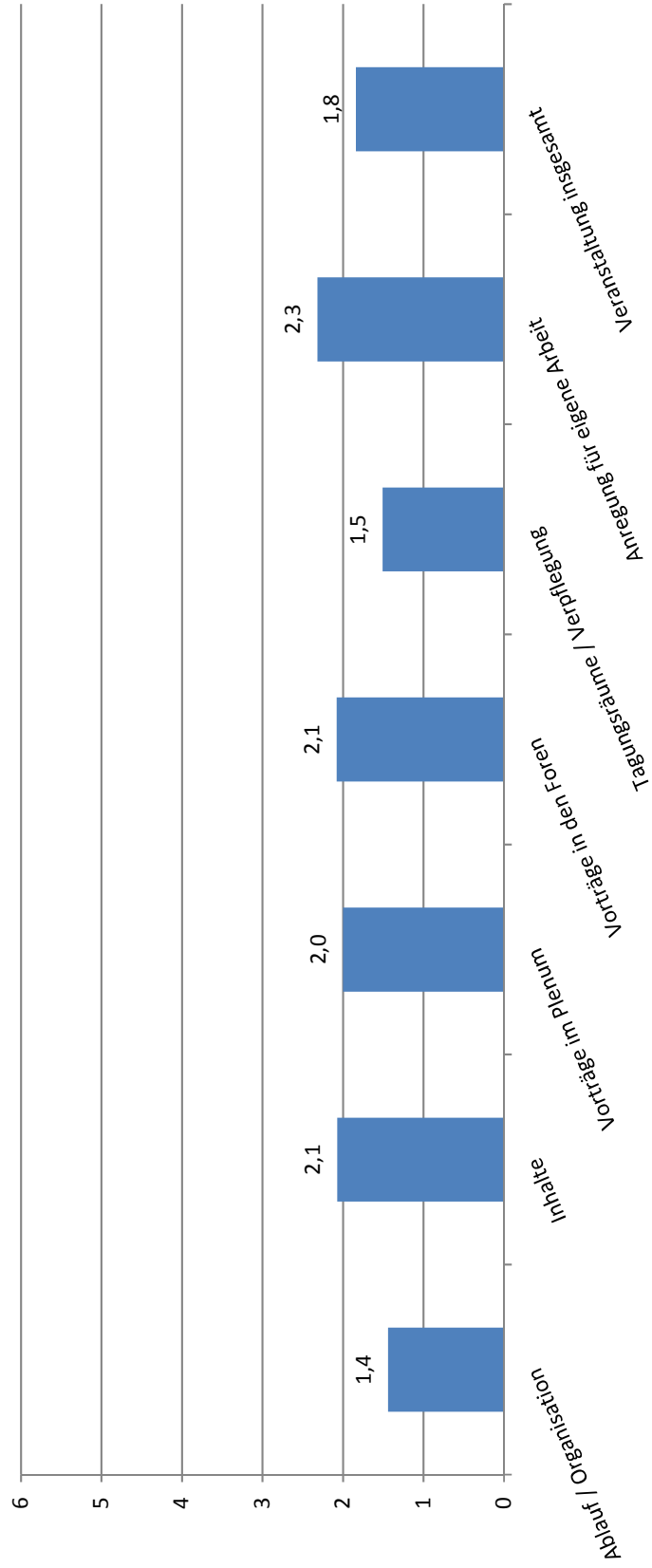
Leitung Kommunalen Präventionsrat
der Wissenschaftsstadt Darmstadt
Suchthilfekordinator
Frankfurter Straße 71
64293 Darmstadt
Tel: 0 61 51/13 31 98
E-Mail: volker.weyel@darmstadt.de

Dagmar Wieland

HaLT Koordinatorin proaktiv
Fachstelle für Suchtprävention der AWO
Berliner Straße 45
63571 Gelnhausen
Tel: 0 60 51/91 55 88 - 4
E-Mail: wieland.awo-praevention@ecos.net

Auswertung der Teilnehmendenbefragung „Kommunale Suchtprävention in Hessen stärken“, 19.05.2014

Ablauf der Veranstaltung (Schulnotensystem 1-6)





www.hls-online.org

